

Wöchentlich 25 Pfg., monatlich 2,00 M. im voraus zahlbar. Postbezugs 4,20 M. einschließlich Postgebühren. Zustandsabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Witz und Zeit“ und „Kinderfreund“, Bremer „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Licht“, „Blitz“ in die „Blätterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparierung 20 Wenig, Reklamezettel 5.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das entsprechende Wort 25 Wenig, gültig angesetztgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Wenig, Stellenangebote das erste Wort 15 Wenig, jedes weitere Wort 10 Wenig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt-Zeile 60 Wenig, Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Wenig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Umbreitstraße 2, wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 892—897 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Sichere Mehrheit für Müller.

Man will gewähren lassen und abwarten.

Die fünf Reichstagsfraktionen, denen die Mitglieder der neuen Reichsregierung angehören, die Sozialdemokraten, die Demokraten, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, haben einen gemeinsamen Antrag des Wortlauts angebracht:

Der Reichstag billigt die Regierungserklärung und geht über alle anderen eingebrachten Anträge zur Tagesordnung über.

Damit ist entschieden, daß es heute zu keiner besonders interessanten Abstimmung kommen wird. Eine große Mehrheit für die Regierung ist gesichert. Oder, genauer ausgedrückt, eine große Mehrheit des Reichstags ist entschlossen, die Regierung anzuerkennen und ihr bis auf weiteres die Arbeit zu ermöglichen.

Dieses Verhalten der Mehrheit ist zunächst nichts anderes als eine Folgerung aus der Erkenntnis, daß in diesem Reichstag kaum eine anders zusammengesetzte Regierung möglich ist als die gegenwärtige. Diese Erkenntnis ist für keine der beteiligten Parteien eine reine Freude, für die eine oder die andere ist sie sogar so ziemlich das Gegenteil davon.

Die Regierungsparteien — wenn dieser abfärgende Ausdruck für ein nicht ganz klares Verhältnis erlaubt ist — gaben gestern alleamt Erklärungen ab, die auf den Ton des Abwartens gestimmt sind. Besonders auffällig war, daß das Bestreben, sich zu distanzieren, in der vom Abg. Perltius vorgetragenen Erklärung des Zentrums noch schärfer zum Ausdruck kam als in der Rede des Volksparteilers Scholz. Nur der Demokrat Haas fand wärmere Töne, des Vertrauens zu der neuen Kombination. Für die Sozialdemokratie hatte Breitscheid klar und klar zum Ausdruck gebracht, daß auch sie die gefundene Lösung nur als eine durch den Mechanismus des parlamentarischen Systems herbeigeführte Notlösung betrachtet.

Alles in allem: keine Partei ist an die Regierung als Ganzes gebunden, aber jede fühlt sich mit ihren eigenen Vertrauensmännern verbunden, die in der Regierung sitzen, und alle sehen ein, daß der Versuch der Zusammenarbeit gemacht werden muß.

Für die Opposition bot sich unter diesen Umständen keine Gelegenheit zu einem wirksamen Vorstoß. Wenn Graf Welarp den Kommunisten den Ball zuwarf, indem er sich über die Abweichungen des Regierungsprogramms von den sozialdemokratischen Grundfragen verbreitete, so hatte Genosse Breitscheid schon die Antwort darauf vorweggenommen. Das Programm einer Fünfparteienregierung kann selbstverständlich kein sozialdemokratisches Parteiprogramm sein. Im übrigen steht die Sozialdemokratie auf dem Boden der Republik und billigt sie Stresemanns Außenpolitik nicht

erst seit gestern. Sie hat es nicht notwendig, solche Puzelbäume wie die Deutschnationalen zu vollziehen, um auf dem Boden der gegebenen Tatsachen anzugelangen.

Der Kommunist Ewert trug Material aus der „Roten Fahne“ vor. Daß er dabei im großen Ganzen die Schimpfworte wegließ, soll gern anerkannt werden. Eine Hanswursterei des Herrn Fried, des zwölften vom Hilfer-Duwend, beschloß den Tag. Die Nationalsozialisten brachten wieder einmal ein „Vertrauensvotum“ ein, gegen das sie selber stimmen und Stimmen sammeln wollten. Der Reichstagspräsident wahrte die Würde des Hauses, indem er auf die parlamentarische Unzulässigkeit des nationalsozialistischen Antrags hinwies.

Inzwischen haben die fünf in der Regierung vertretenen Parteien selber gemeinsam die Formel gewählt, nach der sie der Regierung das verfassungsmäßige Recht zur Fortexistenz sichern wollen; sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie sich die Form und Art ihres Vorgehens nicht von Hanswürsten diktieren lassen.

Heute wird die Debatte geschlossen. Ob ein zweiter sozialdemokratischer Fraktionsredner in sie eingreifen wird, hängt von ihrem Gang ab. Für die Regierung wird sich der Reichstagskanzler mit den Rednern aus dem Hause auseinandersehen.

Bayern und die Regierungserklärung.

München, 4. Juli.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu dem Programm der neuen Reichsregierung u. a.: Der neue Reichstagskanzler habe sich über das künftige Verhältnis zwischen Reich und Ländern sehr vorsichtig und allgemein ausgesprochen. Nach der Rede des Reichstagskanzlers soll die Neubildung „grundlegend“ sein. „Was heißt grundlegend?“ fragt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz. Hier werden die Meinungen auseinandergehen und große schwere Kämpfe entbrennen, auf die man sich gefaßt machen müsse. Soll „grundlegend“ bedeuten, daß die föderalistische Grundlage der Reichsverfassung preisgegeben und das Reich auf eine vollkommen neue staatsrechtliche Grundlage gestellt werden soll? Dann werde es in der deutschen Innenpolitik einen Kampf auf Leben und Tod geben, einen Kampf, in dem Bayern gewiß nicht allein stehen werde. Die Bayerische Volkspartei gebe sich keinem Bohn hin. Alles deute darauf hin, daß die neue Reichsregierung die Methoden der sogenannten trotzenen Unilateralisierung gegenüber den Ländern auch weiterhin anzuwenden bestrebt sei. Die Ankündigung der Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichtshofes, eines Reichsbeamtenrechts und die Bezugnahme auf das Steuervereinfachungsgesetz würden nur zu deutlich ihre Absichten verraten.

Der Konflikt in der Metallindustrie.

Neuabschluss eines Manteltarifs. — Die Lohnverhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das Metallkartell versuchte schon, im Herbst des vorigen Jahres, für die Berliner Metallindustrie endlich wieder einen Lohn-tarif zu schaffen. Bekanntlich sind seit einigen Jahren die Löhne der Berliner Metallarbeiter, mit Ausnahme der Löhne der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, nicht mehr tariflich geregelt. Im vorigen Jahre scheiterte der Versuch des Metallkartells an der Härtnägigkeit der Berliner Metallindustriellen. Bei Beendigung des Streiks der Berliner Werkzeugmacher zu Anfang dieses Jahres wurde vereinbart, daß die Parteien bis zum 20. Juni über den Abschluß eines generellen Lohn-tarifs für die Berliner Metallindustrie verhandelt haben müssen.

Das Metallkartell hatte daraufhin dem Verband Berliner Metallindustrieller die Lohnforderungen unterbreitet, die im „Vorwärts“ eingehend erläutert worden sind. Da in den direkten Verhandlungen mit den Unternehmern aber keine Einigung erzielt werden konnte, beschloßen die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter, den Schlichter zur Vermittlung anzurufen.

Der stellvertretende Berliner Schlichter, Bauer, hatte nun die Parteien zu gestern vormittag, 10 Uhr, zu Verhandlungen geladen. Es wurde zunächst über den Neuabschluss eines Manteltarifs verhandelt, der vom Metallkartell ebenfalls genehmigt worden ist, um besonders in der Frage der Arbeitszeit, der Beschäftigung am laufenden Band, der Akkordberechnung usw. Verbesserungen durchzusetzen. Ueber verschiedene Forderungen konnte bereits in den direkten Verhandlungen eine Verständigung erzielt werden. Ueber die strittigen Punkte entschied dann eine

Schlichter gebildete Kammer, die von je zwei Beisitzern der Unternehmer und Arbeitervertreter besetzt war.

Um 10 Uhr abends begannen dann nach einer kurzen Pause die Verhandlungen über die Lohnfrage. Hier war in den direkten Verhandlungen eine Annäherung nicht zustande gekommen, so daß die Schlichtungskammer zu entscheiden hatte.

Die Verhandlungen zogen sich bis in die späten Nachmittunden hin und waren bei Redaktionsschluß noch nicht beendet.

Die Lohnsteuerentkung.

Erste Vorbereitungen.

Ueber die Frage der Entkung der Einkommensteuer fanden am Mittwoch im Reichstag zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien unverbindliche Vorbesprechungen statt.

In der Sitzung haben die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die steigenden Erträge der Lohnsteuer mit Sicherheit erwarten lassen, daß der gefehlt vorgeschriebene Höchstbetrag der Lohnsteuer auch im Jahre 1928 überschritten werde. Die Lohnsteuerentkung müsse deshalb erfolgen, und zwar noch vor der Verlegung des Reichstags. Von den Vertretern der bürgerlichen Fraktionen wurde eine Reihe von Bedenken erhoben, von denen einige durch die Aussprache beseitigt werden konnten. Zu einer endgültigen Stellungnahme wird man erst in einer weiteren Sitzung kommen, die für Donnerstag in Aussicht genommen ist. Zuvor wollten sich die bürgerlichen Fraktionen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Sozialdemokratie hat in der Sitzung u. a. noch erklärt, daß sie, um die Lohnsteuerentkung nicht an formellen Schwierigkeiten scheitern zu lassen, bereit sei, ein Initiativgesetz einzubringen.

Was ist Wahrheit?

Herr Lambach, die deutschnationale Reichstagsfraktion und der Monarchismus.

Als die deutschnationale Reichstagsfraktion die Entschliebung gegen Herrn Lambach veröffentlichte, mußte man annehmen, Herr Lambach sei zu Kreuze geflohen und habe sich lässlich unterworfen. Die Fassung dieser Erklärung ließ keinen anderen Schluß zu:

„Es lag eine Erklärung des Abg. Lambach vor, wonach er mit dem Artikel die Absicht verfolgt habe, als überzeugter Monarchist und in vollem Einklang mit dem deutschnationalen Parteiprogramm die Werbung für den deutschnationalen Gedanken zu fördern.“

Herr Lambach protestiert gegen diese Erklärung wie gegen die in der Öffentlichkeit daraus gezogenen Schlußfolgerungen. Er spricht von bruchstückweiser Bewertung, von einer zu Mißverständnissen verleitenden Behandlung und veröffentlicht als Antwort den vollen Wortlaut seiner Entschliebung:

„Mit Bedauern habe ich feststellen müssen, daß mein Aufsatz „Monarchismus“ aus der „Politischen Wochenschrift“ Diskussionen auslöste und Mißverständnisse hervorgerufen hat, die sich von den Absichten meiner Veröffentlichungen weit entfernten. Aus den Erfahrungen des Wahlkampfes heraus wollte ich gerade als Monarchist, als den mich erstensherweise auch die Presse, die mich und mein Wirken näher kennt, angesprochen hat, die Frage zur Besprechung stellen, wie es möglich sei, die jugendlichen Kreise, denen die Monarchie nicht mehr persönliches Erlebnis sein kann, für die deutschnationale Gedankenwelt und damit auch für den konservativen Gedanken eines geheiligten Führertums zu gewinnen. Ich lege Wert darauf, diesen Grundgedanken und diese Ziele meiner Veröffentlichung eindeutig herauszustellen, bedauere, wenn einzelne mißverständliche Äußerungen meine Absichten verdunkelt haben sollten und hoffe, daß nach dieser Erklärung die weitere Erörterung der ganzen Frage positive Ergebnisse zupunsten der deutschnationalen Gedankenwelt, wie sie in unserem Parteiprogramm ihren Niederschlag gefunden hat, zeitigen wird. Ich darf aber auch wohl erwarten, daß diese Absichten nicht wieder durch Veröffentlichungen persönlich verleihender Anträge unzuständiger Stellen, wie sie durch den Landesverband Hamburg der Partei vorgenommen worden sind, gestört und erschwert werden.“

Das sind Nuancen des monarchischen Bekenntnisses. Aus der vorsichtigen Formulierung des Herrn Lambach über den konservativen Gedanken eines geheiligten Führertums ist in der Entschliebung ein klares eindeutiges Bekenntnis geworden. Für den Außenstehenden ist die Prüfung und Beurteilung dieser Nuancen ebenso schwierig wie die Lektüre von kommunistischen Thesen und Richtungs-dokumenten. Die Worte dienen dazu, Absichten zu verdunkeln. Der Beralich ist nicht von ungefähr, je mehr bei Kommunisten und Monarchisten das Endziel sich in blauester Ferne weitester Zukunft verliert, um so trefflicher läßt sich mit Worten spielen.

Aber Herr Lambach will schließlich etwas — sonst hätte er nicht angefangen. Er will etwas, weil er realpolitischen Blick hat. Er sieht das Aussterben seiner Partei, den Mangel an Nachwuchs, die Flucht der Jugend. Er stellt deshalb die Frage nach der politischen Heimat christlicher, nationaler und konservativer junger Menschen, denen die Monarchie nicht mehr Erlebnis ist. Er will ihnen den Weg zur Deutschnationalen Volkspartei öffnen, den ihnen das Bekenntnis zur Monarchie versperrt. Er versichert, daß diese jungen Menschen keine Anhänger der parlamentarischen Republik im Sinne der Verfassung von Weimar seien — aber auch nicht legitime Monarchisten. Er zieht eine außerordentlich scharfe Grenze gegenüber dem Legitimus, indem er betont, daß die Jungen es nicht vor ihrem Gewissen verantworten könnten, sich in den Dienst der Restauration der legitimen Dynastien zu stellen.

Daraus leitet er eine praktische Forderung ab, die er in einem Artikel im „Deutschen“ formuliert:

„Ich hielt und halte mich für verpflichtet, dafür einzutreten, daß dieser Jugend die Möglichkeit zur politischen Betätigung in der Deutschnationalen Volkspartei eröffnet werde, ohne daß ihnen zugemutet wird, Bekenntnisse abzulegen, zu denen die innere Bereitschaft fehlt.“

Heißt das nun, daß Herr Lambach die Beseitigung des programmatischen Bekenntnisses zur Monarchie aus dem deutschnationalen Parteiprogramm fordert? Da macht Herr Lambach eine feine Unterscheidung. Er bagatielliert die monarchistischen Bekenntnisse des deutschnationalen Parteiprogramms, „dessen Formulierung im Parteiprogramm jedermann die Mitarbeit gestattet, der überhaupt für eine noch spätere Zeit die Krönung des deutschen Staates mit dem erneuerten Kaiserthum für möglich oder wünschenswert hält“ und fordert Aufgabe der bisherigen praktischen und faktischen Verfechtung dieser Sache. Er ist

Die südslawische Staatskrise.

Rücktritt der Gesamtregierung.

Belgrad, 4. Juli.

Angeichts der Entschlüsse des radikalen und des demokratischen Abgeordnetenklaubs, in denen der Wunsch nach Bildung einer Konzentrationsregierung ausgesprochen wird, hat die Regierung den Rücktritt beschloffen. Nach der Audienz beim König bekräftigte der Ministerpräsident, daß der König den Rücktritt angenommen habe. Die Aussichten für das Zustandekommen einer Konzentrationsregierung werden als nicht allzu günstig bezeichnet, da die bäuerlich-demokratische Koalition die Auflösung des Parlaments fordert, während die bisherigen Regierungsparteien den Standpunkt vertreten, daß das Parlament weiterarbeiten müsse.

Mit der Neubildung der Regierung wird wahrscheinlich der frühere Justizminister Markowitsch beauftragt werden. Dem neuen Kabinett dürften u. a. auch Kroaten angehören. Fraglich ist aber, ob es Markowitsch gelingen wird, die Regierung zustande zu bringen.

Wenn ein Teil der europäischen Presse fast jede der in Belgrad nicht eben seltenen Regierungskrisen in den letzten Jahren zu einer Staatskrise aufzubauen liebte — jetzt ist sie da, die Staatskrise. Zwar sind jene mißgünstigen Betrachter des jungen Staates immer noch auf dem Holzwege, die die Botschaft zu erwecken suchen, als hätten die Schiffe in der Stupschina auch die Ideologie der südslawischen Nationalität zerlegt, und als schnitten, aus einer schweren Längung erwachend, die Kroaten zwischen sich und den Serben das Eisstück entzwei. Heute handelt es sich keineswegs wie früher um den Stammesgegensatz zwischen Kroaten und Serben, obwohl der aus Montenegro gebürtige Märder Janatscher Serbe ist und seine Opfer Kroaten sind. Aber auch Tribitschewitsch, der bis zur Genesung Stefan Raditschs die Koalition zwischen Selbständigen Demokraten und Kroatischer Bauernpartei führt, ist reinblütiger, hundertprozentiger Serbe; seit dem 20. Juni fühlen sich die Serben und Kroaten in Kroatien, Slowenien, Dolmatien und der Bosnabina (das früher ungarische Gebiet nördlich der Donau) geradezu doppelt durch Schicksalsgemeinschaft verbunden, und hinter dem Sorge der Genesenden scheitert bei der gewaltigen Trauerfeierungen Vertreter aller drei Stämme des Volkes, Serben, Kroaten und Slowenen.

Wie der Volksgedanke, so ist auch der Staatsgedanke selbst vorläufig ungeklärt und unorganisiert. Stefan Raditsch betonte zwar, in der Aufwahrung des ersten Augenblicks nach der barbarischen Mordtat habe man daran gedacht, nie mehr in die Belgrader Stupschina zurückzukehren, aber er fügte hinzu, daß man in der Politik niemals Niemals lagen dürfe; der Vizepräsident der Kroatischen Bauernpartei Br edaweg betonte entschieden, daß die Krone und der gemeinsame Staat außer Frage ständen: „In Tausenden von Telefongesprächen, die ich in diesen traurigen Tagen mit unseren Organisationen in ganz Kroatien und außerhalb Kroatiens geführt habe, wurde auch nicht für einen Augenblick die durch die Verfassung festgelegte Stellung der Krone und die Existenz der kroatischen Gemeinschaft berührt; der Unterhang auch der sozialen Empörung ist immer noch das unbedingte Vertrauen auf den König, der doch gewiß ein Serbe aus Serbien ist. Die Leute um Mussolini und die Männer des Majewitschen Komitees, die von dem Verbrechen des Turitscha Raditsch andere Folgen erwarteten, mußten sich schon den Mund waschen.“

Paul Raditsch und Dr. Baloritsh haben, als sie tödlich getroffen in der Kammer hinlanken, den Staatsgedanken in seiner bisherigen Form zu Boden gerissen.

Die Sozialisten sind insofern Orden der großen französischen Revolution, als wir in der zentralistischen Staatsgestaltung die sicherste Gewähr für Fortschritt und Freiheit haben, aber in Südslawien hat der Zentralismus der Waban-Verfassung Waban gleich der St. Veitstag, mehrfach höchwichtiger Gedanke des Serbenvolkes.

Die Opposition interpelliert.

Deutschnationaler Fischzug nach Oppositionserfolgen.

Die Deutschnationalen Partei ist jämmerlich zerfallen aus dem Wahlkampf in den Reichstag zurückgekehrt. Es ist begreiflich, daß es sie sehr danach verlangt, recht bald aus ihrer Opposition agitatorische Erfolge nach Hause zu bringen, um bei ihren Wählern hyn. Nichtwählern den verlorenen Kredit wieder auszufüllen. Man kann aber wahrlich nicht sagen, daß sie das bei der von ihr im Reichstag eingebrachten erprobtesten Interpellation sehr geschickt gemacht hätte. Das war ihr auch nicht leicht gemacht; denn mit einer für die Deutschnationalen sicher ungenutzten Einbringlichkeit hat sich die neue Reichsregierung in ihrer Erklärung der krisenhaften Schwierigkeiten in der Landwirtschaft angenommen.

Die Interpellation spricht davon, daß der trübselige Zustand in der deutschen Landwirtschaft, besonders in den östlichen Gebieten, mit fast unermindeter Schärfe anhalte. Auch wenn die im Rotprogramm beschlossenen Maßnahmen sich ausgewirkt haben, sei eine gesicherte Grundlage für die Existenzmöglichkeit der deutschen Landwirtschaft noch nicht gegeben. Die Ursachen für die bedrohliche Lage erblickt die Interpellation außer in den Ernte- und Wetterverhältnissen in der bisherigen Zoll- und Handelspolitik, in der Steuerlast, in den sozialen Abgaben und in den Reparationen. Die Regierung wird gefragt, ob sie für die zukünftige Zoll- und Handelspolitik neue Grundlagen schaffen wolle, die die Gesundung der nationalen Arbeit und Wirtschaft gewährleisten und ob sie für eine Beschränkung der öffentlichen Ausgaben, eine Vereinfachung und Vereinfachung der Sozialversicherung und eine starke und dauernde Senkung der Reichshaushalts- und Reichsbahnlasten für die Reparationen Maßnahmen vorzusehen wolle.

Diese erste Lebensäußerung der geschlagenen Heidenpartei gegenüber der neuen Reichsregierung trägt das Zeichen der Verlegenheit deutlich auf der Stirn. Zu den meisten Punkten hat die Regierungserklärung sich schon klar geäußert. Es ist reizend, daß die Deutschnationalen die Ursache der bedrohlichen Lage der Landwirtschaft auch in der bisherigen Zoll- und Handelspolitik erblicken, die gerade die Deutschnationalen in den letzten Jahren entscheidend beeinflusst haben!

Der rein demagogische Charakter der Interpellation enthält sich aber am deutlichsten in der Forderung nach einer „starken und dauernden Senkung“ der Reichs- und Eisenbahnlasten für die Reparationen. Dazu hätten die Deutschnationalen ja wohl die allerbeste Gelegenheit gehabt. Aber sie wußten sehr wohl, daß derartige Anträge und Bemühungen bei der gegenwärtigen Lage einfach lächerlich gewesen wären. So bleibt für die Interpellation nur der Charakter eines jämmerlichen Zweckgeschäfts übrig.

Rad) die Probe schlecht bestanden. Vielleicht weniger, weil er dort ein untaugliches Mittel der Verwaltung wäre, als weil er einer kleinen Sippe im früheren Königreich Serbien das Heft in die Hand gab. Diese Sippe will im serbisch-kroatisch-slowenischen Reich herrschen, wie die Stadtpreußen in Deutschland hatten herrschen wollen, und gegen diese Sippe, unter der auch das Volk in Serbien steht, nicht gegen die Serben als solche, lehrt sich heute die zärende Erbitterung aller Stämme in der ehemals österreichisch-ungarischen Gebietsteile.

Ohne Zweifel ist auch die Opposition nicht hoheitlich, denn in ihren Reihen gibt es so manchen, der, als er am Ruder war, genau so diktatorisch auftrumpfte wie jetzt das Kabinett Buttschewitsch. Auch hier: in ihrem Widerstand gegen den Zentralismus neben anderen Beweggründen der Versuch, überalterte Vorrechte wie die der katholischen Kirche oder des Großgrundbesitzes zu mahnen, aber die „Trübiger“, die Bewohner der Gauen „Diesseits von Sava und Drina“, sind im Recht, wenn sie sich bei vielen, bei der Verteilung wie bei der Spandauerverteilung, bei den Steuern wie bei den Staatsausgaben, neben den „Serbianern“, den Bewohnern des früheren Königreichs Serbien, und namentlich bei den Anhängern der Regierungsparteien benachteiligt vorkommen.

Ganz ins Große geht der wirtschaftliche Interessenstreit, wo es sich um die Frage handelt, ob Regalis oder Udis Hauptmetzestecke des jungen Staates sein soll.

Wie die Tralle der Adriastraße zu legen ist und welche Verwendung die erhoffte Anteile findet. Fast eine politische Voraussetzung ist es da, daß trotz allem die slowenischen Christlichsozialen, die von Rechts wegen mit der Opposition an einem Strick ziehen müßten, momentan auf den Regierungsbänken sitzen.

Da das Ministerium Buttschewitsch, das auf wenig parlamentarischem Wege zustande gekommen ist, bisher alle unbedeutenden Regungen der Opposition mit Gewalt wiedergehalten hat, ist individuelle Gewalt als Ausläufer kollektiver Gewalt, das von Raditsch angeordnete Gemetzel nur die letzte Folgerung dieses Systems. Daß man derart ihre besten Leute abschickt, hat aber bei der demokratisch-bauernparteilichen Koalition, die schon vorher im Kampf gegen das Kabinett nicht lind und lieblich war, die letzten Hemmungen weggespült; jetzt geht sie aufs Ganze. Ein Zeichen der Zeit ist es, wenn ein durch und durch südslawisch-nationales, teilsweise für Raditsch eingenommenes, stets sehr besonnenes Blatt wie die „Gramer Novosti“ schreibt: „Aus dem Blut unserer kroatischen Märtyrer muß entweder ein kroatischer, serbischer und slowenischer Staat entstehen, in dem in vollem Maße Kroaten, Serben und Slowenen wie alle anderen Bürger gleichberechtigt sind, oder dieses Blut wird die Grundlage unseres Staates auflösen, daß er zusammenbricht und verschwindet. Und anders verdient er es dann auch nicht.“ Das klar erkannte und ausgesprochene Ziel der Opposition ist demnach der Rücktritt des Kabinetts, die Auflösung der Stupschina, freie Wahlen und in der neu gewählten Kammer eine Verfassungsrevision in föderalistischer Richtung.

Verbindet wie alle Nachbader aber hat sich das Kabinett, über das der 20. Juni der Stab gebrochen hat, bis Mittwoch an seine Fige geklammert. Obwohl bis weit in die Reihen der Regierungsparteien die Meinung herrscht, daß Buttschewitsch und Genossen nur noch eine Aufgabe hatten, schnell und lautlos im Dunkel zu verschwinden, verzögerte sich ihr Rücktritt von Tag zu Tag. Bald mußte die Heirat des Innenministers von der Beförderer Konferenz der Kleinen Entente, bald das Reichsbedingnis der Opfer Raditschs, bald die allgemeine Verärgerung der Gemüter abgemindert werden und was der faulen Ausreden mehr sind. Jetzt endlich, im letzten Augenblick, ist Buttschewitsch gegangen.

Hermann Wendel.

Monarchist, aber nicht Legitimist. Er will das programmatische Bekenntnis zur Monarchie zu einer Feiertagsparole machen, zu einem Ideal in den Köpfen, das keine praktische politische Verpflichtung in sich schließt.

Man mag all diese Nuancen drehen und wenden, wie man will — es kommt immer wieder heraus: Abbau der monarchistischen Ideologie. Das ist die Hauptsache: es geht in dieser Diskussion nicht um praktische Politik, sondern um Fragen der Parteideologie.

Die Wahrheit ist: der Wille zum Monarchismus stirbt.

Als sich die Deutschnationalen Volkspartei nach der Revolution konstituierte und ihr Parteiprogramm entwarf — die Angst sah ihren Führern noch in den Knochen — da formulierten sie ihr monarchistisches Bekenntnis in den Sätzen, die nach Lambachs Ansicht unendlich dehnbar sind:

„Die monarchistische Staatsform entspricht der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands... Für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaiserturns.“

Mit der Inflation wuchs die Deutschnationalen Volkspartei. Aus der vorsichtigen Anerkennung der monarchistischen Parteitraktion in diesen Programmsätzen wurde politische Wille. Was unmittelbar nach der Revolution nur fernstes Zukunftsideal schien, wurde ihren Führern zu einer praktischen politischen Möglichkeit. Am 23. Juni 1922 entrollte Helfferich, der Führer der Deutschnationalen, die Fahne des Kaiserreichs der Hohenzollern als Kampfpapier vor den Deutschnationalen. Seine letzte Rede gegen Rathenau gipfelte im monarchistischen Kampfruf:

„Da trat das Bild des größten und geachteten deutschen Kaiserreichs vor unsere Augen, das Bild unserer Vergangenheit und die Sehnsucht unserer Zukunft.“

Er rechnete mit der Bundesgenossenschaft der Deutschen Volkspartei, mit der Verweisung des enteigneten Mittelstandes, die Stunde des Sturzes der Republik schien ihm gekommen. Der Monarchismus war Wille und — Macht.

Heute — eine sterbende Ideologie, und eine absteigende Partei. Wo war das starke Bekenntnis des deutschnationalen Führers, des Grafen Westarp zur Monarchie bei der Programmdebatte im Reichstag? Die deutschnationalen Jugend rüttelt selbst an den vorsichtigen Sätzen des deutschnationalen Programms über das deutsche Kaiserturn — und Herr Lambach muß mit, ein Führer, der von seiner Gefolgschaft hinterhergezogen wird. Was einst Bekenntnis zur Tradition, dann aktiver politischer Wille war, ist jetzt ein Objekt der Diskussion, ein Programmtag, den nur ein Teil der deutschnationalen Anfänger noch anerkennt.

Rundgebungen für Lambach.

Die Verwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg hat, wie der „Lunddeutsche“ mittelt, die Haltung Lambachs gebilligt, so daß nimmehr der ganze D.H.V. sich geschlossen hinter Lambach stellt.

Die Vereinigten Landesangelegenheitsausschüsse der Deutschnationalen Volkspartei Berlin und Potsdam 1 und 2 haben eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Die Anstellenausschüsse begrüßen die Ausprägung über die grundlegenden Sätze der Parteiverfassung, die sich mit der monarchischen Frage befassen. Die notwendigen Lehren aus dem diesjährigen Wahlkampf können nur gezogen werden, wenn jedem Abgeordneten und jedem früheren Mitglied der Partei erlaubt ist, neue Gedanken und neue Formulierungen auszusprechen.“

Erklärungen und Gegenerklärungen.

Hamburg, 4. Juli.

Der Angestelltenausschuss des Kreisvereins Bergedorf-Sande der Deutschnationalen Volkspartei hatte in einer Entschließung festgestellt, daß der Antrag des Vorstandes des Landesverbandes Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei auf Ausschluß des Abgeordneten Lambach nur vom anderen Vorstand, ohne Wissen der übrigen Vorstandsmitglieder, gestellt worden ist. Der Angestelltenausschuss legt daher entschieden gegen den Ausschlußantrag Einspruch ein und spricht dem Abgeordneten Lambach nicht nur sein Vertrauen aus, sondern er dankt ihm für den Mut, den er dadurch bewiesen hat, daß er es wagte, das anzusprechen, was die Mehrzahl der Wähler der Deutschnationalen Volkspartei schon seit Jahr und Tag denkt.

Hierzu bemerkt der Landesverband Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei: Durch die Presse geht eine Entschließung des Angestelltenausschusses des Kreisvereins Bergedorf-Sande der Deutschnationalen Volkspartei zum Fall Lambach. Wir stellen fest, daß dieser Entschluß trotz der Bemühungen des Kreisvereins Bergedorf-Sande, ihn herbeizuführen, bisher nicht bestanden hat. Die Entschließung ist von wenigen Mitgliedern des D.H.V., dessen Verwaltungsratsmitglied Herr Lambach ist, verfaßt und der Presse übergeben worden. Der Wert dieser „Entschließung“ ist dadurch gebührend gekennzeichnet. Herr Claus, M.D.R., der in der Presse im Zusammenhang mit der Entschließung genannt wird, hat nicht das geringste mit ihr zu tun.

Die Amnestiefrage.

Reichsjustizminister Koch legte am Mittwoch mittags im Reichstag seine Besprechungen mit den Vertretern der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Amnestiefrage fort. Die Beratungen führten zu keiner Einigung. Sie sollen deshalb am Donnerstag mittags fortgesetzt werden, und zwar unter Hinzuziehung von Vertretern der deutschnationalen Fraktion und der Länder. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Abg. Dr. Kahl, hat deshalb die für Donnerstag vormittags anberaumte Sitzung des Ausschusses zur Beratung der Amnestieanträge abgelehnt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags verhandelte am Mittwoch nachmittag über die Frage der Amnestierung. Im Zentrum geht die allgemeine Auffassung dahin, daß eine Amnestierung sowohl der politischen als auch der Fremden der eintreten soll. Bezüglich der letzteren ist man allerdings der Ansicht, daß die verhängten Strafen auf lebenslängliches Zuchthaus nur ermäßigt werden sollen auf 7½ Jahre Zuchthaus und die verhängten Zuchthausstrafen auf Gefängnisstrafen. Die Amnestie soll sich aber nicht ausdehnen auf politische Verbrecher, wie z. B. die Mörder Erzberger, Schulz und Illieson, und ähnliche Verbrecher. Die Zentrumsfraktion wird für die weitere politische Aussprache im Reichstag einen Redner nicht mehr vorschicken, es sei denn, daß diese dazu Anlaß bieten sollte.

das nur als eine vorläufige Maßnahme angesehen werden kann und selbst in den Kreisen der Deutschnationalen nicht anders beurteilt werden wird.

Helf den Kriegsbeschädigten!

Eine Rundgebung des Arbeitsministers Wissell.

Der Reichsarbeitsminister Wissell hat sofort nach seinem Amtsantritt seinen unterstellten Behörden seine Auffassung von dem sozialen Empfinden kundgegeben, das sie den Kriegsbeschädigten und Kriegserbitterten gegenüber in die Tat umzusetzen haben. Er hat den seinerzeit von der Deutschnationalen Partei sehr lebhaft begrüßten Erlaß seines Amtsvorgängers über den Verkehr zwischen Versorgungsstellen und Versorgungsberechtigten einbezüglich in Erinnerung gebracht und die Erwartung ausgesprochen, daß die Arbeit der Behörden und Beamten von dem Bewußtsein ihrer hohen sozialen Aufgabe getragen werde. Grundlegend für die gesamte Versorgungstätigkeit müsse die Auffassung sein, daß die Beschädigten und die Hinterbliebenen über förmliche und gelegliche Ansprüche hinaus ein Recht auf werksmäßige Hilfe hätten.

Richtswart für den gesamten Dienstverehr sei demnach; sehr Sorge für das Wohl der Versorgungsberechtigten und unermüdete Hilfsbereitschaft auch in den kleinsten Dingen. Die Ausführungen des Ministers bringen den weiteren beachtliche Fingerzeige über die vertrauensvolle Gestaltung der Beziehungen zwischen den Versorgungsstellen und den Organisationen der Versorgungsberechtigten. Wertvolle Ergebnisse ließen sich insbesondere durch mündliche Zusprachen und gegenseitigen Erfahrungsaustausch gewinnen.

Das Grubenunglück in Frankreich.

Beleidigte Telegramm Rudolf Wissells.

Aus Anlaß des schweren Grubenunglücks in Rocheq-Malière hat der Reichsarbeitsminister in einem Telegramm dem Minister der öffentlichen Arbeiten in Paris und den Hinterbliebenen der Opfer seine aufrichtige Anteilnahme ausgesprochen. Der französische Minister hat dem Reichsarbeitsminister für seine Teilnahme gleich im Namen der betroffenen Familien herzlich gedankt.

Zu Fall gebracht hat die Reaktion in Deutschland den Justizminister Dr. Dinghofer (großdeutsch); weil er die verfassungswidrige Auslieferung Bela Kuhns an Ungarn abgelehnt, hat er jetzt anhängig zurücktreten müssen. Allerdings fällt er nicht, denn er ist und bleibt Präsident des Obersten Gerichtshofes.

„Temps“ zu Müllers Programmrede. Unhaltbare Einwendungen.

Paris, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Die Regierungserklärung Hermann Müllers wird am Mittwochabend im „Temps“ einer eingehenden Kritik unterzogen. Das Blatt spricht zunächst seine Befriedigung über den in der Regierungserklärung enthaltenen Verzicht auf Renanche und den Ausdruck des Willens zu friedlicher Verständigung aus, der nicht übersehen werden könne. Hier werde wirklich den Gefühlen der deutschen Demokratie Ausdruck gegeben, die sich Rechenschaft darüber ablege, daß sie bei einer Verständigung nur gewinnen könne. Dann bringt der „Temps“ gegen die Forderungen der Reichsregierung auf Räumung der Rheinlande, Revision des Dawes-Plans und Abrüstung mit automatischer Genauigkeit die gleichen Argumente vor, die sich in ihm bei jeder ähnlichen Gelegenheit finden. Wenn die deutschen Sozialdemokraten, so heißt es, die gleichen außenpolitischen Auffassungen haben wie die anderen Parteien, so sei das nicht erstaunlich, denn selbst anlässlich des Krieges, der von Deutschland vorbereitet und entfesselt worden sei, habe man Deutschland einig gefunden. Hermann Müller irre sich aber, wenn er glaube, daß Deutschland ein Recht auf Räumung habe, denn die Befugung sei im Friedensvertrag klar festgelegt. Man warte seit Thoiry, daß Deutschland brauchbare Angebote mache. Mit der Rheinlandfrage ständen viele Probleme im Zusammenhang, besonders was die allgemeine Sicherheit betreffe, und diese könnte auf den essenziellen Willen der Deutschen hin nicht ausgeschlossen werden. Entweder Deutschland wolle die Verständigung, dann müsse es Konzeptionen machen, oder es wolle sie nicht, dann müsse es bei der Anwendung der Verträge bleiben.

Was den Dawes-Plan anbelangt, so könne nicht geleugnet werden, daß die Frage einer Revision auf das engste mit der Frage der interalliierten Schulden zusammenhänge. Bezüglich der Entlastung erklärt der „Temps“ endlich, Deutschland sei auf Grund des Friedensvertrages entschlossen, der nach einem Kriege geschlossen worden sei, für den es verantwortlich wäre. Man müsse erkaunt sein, daß Hermann Müller als Kanzler die „These der Rationalisten“, daß Deutschland ein Recht auf allgemeine Entlastung habe, zu der seinen gemacht habe.

Der sozialistenfreundliche „Soir“ schreibt am Mittwochabend, niemand mehr als Hermann Müller sei berechtigt, eine feste Sprache zu führen, da er der Führer einer Partei sei, die stets nach besten Kräften dem Frieden gedient habe und da er selbst niemals zögerte, die schwere Verantwortung auf sich zu nehmen.

Nachdem wir im „Vorwärts“ bald nach den Reichstagswahlen eine eingehende Diskussion gerade mit dem „Temps“ über das Thema „Rheinlandräumung“ und „deutsche Gegenleistungen“ geführt haben, ist es überflüssig, noch einmal auf diese Kommentare des „Temps“ zur deutschen Regierungserklärung einzugehen. Nur eine Richtigeinstellung ist hier anzubringen: Das Pariser Blatt scheint zu meinen, Hermann Müller habe von einem „Recht auf Räumung“ im juristischen Sinne gesprochen. Obwohl das Räumungsproblem auch unter diesem Gesichtspunkt mit sehr starken Argumenten, die dem Wortlaut des Friedensvertrages (Artikel 431) zu entnehmen wären, aufgeworfen werden könnte, so geht aus den Worten Müllers hervor, daß er mit dem „moralisch begründeten Anspruch“ vor allem jenes moralische Recht gemeint hat, das wir aus dem Geist von Locarno und Genf herleiten. Dieses moralische Recht wird nicht nur vom ganzen deutschen Volk beansprucht, sondern auch von der gesamten sozialistischen Welt und darüber hinaus sogar von einem großen Teil der französischen bürgerlichen Demokratie anerkannt.

Ganz entschieden muß ferner gegen die Unterstellung des „Temps“ Einspruch erhoben werden, daß Müller durch die Forderung der allgemeinen Abrüstung sich die „These der Rationalisten“ zu eigen gemacht hätte. Das Recht Deutschlands, nachdem es die ihm auferlegten Rüstungsbeschränkungen durchgeführt hat, die allgemeine Rüstungsbeschränkung zu verlangen, ist keine These der deutschen Rationalisten, sondern die These des Versailler Vertrages selber. Wer, wie gerade der „Temps“, bei jeder Gelegenheit auf den Wortlaut des Friedensvertrages pocht, darf den Einleitungsatz des V. Teiles des Vertrages nicht ignorieren:

„Um die Einstellung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland“ usw.

Ein ähnliches Bekenntnis findet man auch im Artikel 8 der Völkerbundsatzung, der zugleich der Artikel 8 des Friedensvertrages ist. Deshalb hat kein anderer als der erste Vertreter Frankreichs in den Abrüstungsausschüssen von Genf, Paul Boncour, das Wort geprägt, daß die allgemeine Abrüstung für alle Völkerbundstaaten nicht nur eine obligation morale, sondern auch eine obligation juridique, eine „rechtliche Verpflichtung“ darstellt. Betrachtet etwa der „Temps“ den ersten Vertreter Frankreichs in der Abrüstungskommission als einen Verfechter der „Thesen der deutschen Rationalisten“?

Der Brüsseler „Peuple“ gibt Müller „vollkommen recht“.

Brüssel, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Peuple“ schreibt zur Regierungserklärung Hermann Müllers: „Was Müller zur Rheinlandräumung und zur Abrüstung sagte, verdient sehr ernste Aufmerksamkeit der ehemals alliierten Regierungen. Müller hat vollkommen recht, die Befugungsmächte daran zu erinnern, daß Ende nächsten Jahres die zweite Rheinlandzone auf alle Fälle geräumt werden muß und auch die Befugung der letzten Zone kraft des Versailler Friedensvertrages nicht über 1925 hinaus verlängert werden darf. Welche moralische Berechtigung und welches Urteil kann nach Locarno, nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, nach all den Reden über Annäherung und den Antiriegensatz die Rheinlandbesetzung für die Befugungsmächte überhaupt noch haben? Die Räumung wäre für sie ein wenig kostspieliger Akt von Großmut und ganz bestimmt die klügste Politik. Die Deutschnationalen sind aus der Reichsregierung verjagt worden und die Sozialdemokraten haben deren Führung übernommen. Man wird nicht leicht einen geeigneteren Augenblick für diese gute Geste finden.“

Abbau treibt die Fischschlosserei unter ihrer deutsch-schweizerischen Bürgerregierung. Unter Abänderung des kategorischen Revolutionsgesetzes werden Orden (außer dem schon bestehenden Belgischen Löwen), Titel und Adelsbezeichnungen wieder zugelassen!

Gestörte Ferien.

Innenminister Orzesinski gab einen Erlaß zum Schutze der schwarzroigoldenen Fahnen in den Seebädern heraus.



„Gemeinheit, das ganze Ferienvergnügen zerstört einem dieser Sozialminister!“

Modellvertrag zur Sicherheit.

Das Ergebnis der Genfer Beratungen.

Genf, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Die Sicherheitskommission beendete ihre dritte Tagung. Man hat die deutschen Vorschläge in einen Modellvertrag hineingearbeitet, der als Kollektivvertrag für alle zum Beitritt bereiten Staaten gedacht ist. Dieser Modellvertrag sieht im ersten Artikel die Verpflichtung vor, im Falle eines Streites vorläufige Empfehlungen des Völkerbundes anzunehmen, die dazu bestimmt sind, Maßnahmen zu verhindern, die eine nachteilige Auswirkung auf die endgültige Regelung des Streitfalles haben könnten. Der dritte Artikel besagt, daß sich die streitenden Parteien, wenn es bereits zu militärischen Zusammenstößen gekommen ist, verpflichten, einer Empfehlung des Rates auf Einstellung der Feindseligkeiten Folge zu leisten. Diese Empfehlung sollte die Zurückziehung der Streitkräfte aus dem Lande des Gegners und die Achtung der Souveränität enthalten. Entmilitarisierte Zonen sind von eventuell eingesetzten Truppen zu räumen. Die Ausführung dieser Maßnahme soll vom Völkerbund, soweit erforderlich, überwacht werden.

Begleitet ist der deutsche Vorschlag für entsprechende Ratsschritte durch die Anordnungen des Rates hinsichtlich der Einstellung der Feindseligkeiten und der eventuellen Kontrollmaßnahmen könnten also nur einstimmig beschlossen werden, wobei, wie in Genf üblich, die Stimmen der in Feindseligkeiten verwickelten Parteien natürlich nicht gerechnet werden. Die Frage der Überwachung stellte die Redaktionskommission vor den

anscheinend unüberbrückbaren Gegensatz zwischen England, Italien, Japan, die jede Kontrolle ablehnten, und Frankreich, Polen und die Kleine Entente, die das Hauptgewicht auf die Kontrolle legen.

Die Einigung wurde mit der schwachen Formel „Überwachung, wenn erforderlich“ gefunden. Noch wichtiger ist das Verschwinden des zweiten ursprünglichen deutschen Vorschlages, der dem Rat das Recht gab, Demobilisierung und Wiederherstellung des früheren militärischen Zustandes anzuordnen. Hier haben Frankreich und die Kleine Entente in der Redaktionskommission die Wüste fallen lassen und mit England erklärt, daß die

Durchführung der Demobilisierung unter den heutigen Verhältnissen unmöglich

sei. Der deutsche Vertreter bogelte dieses Zugeständnis fest, und es ist getrieben, in der Begleitnote zu den deutschen Vorschlägen festzustellen, daß die Wiederherstellung des militärischen Zustandes für den Moment nicht möglich sei, daß an ihn erst gedacht werden

Polnischer Parlamentarismus.

Dajnycki antwortet Pilsudski mit vornehmer Ruhe.

Warschau, 4. Juli.

Sejmarschall Dajnycki hat offenbar in Beantwortung des Pilsudski-Interpellations in einer Unterredung die Arbeiten des Sejm während der letzten Monate geschildert. Da die gegenwärtige Regierung keine feste Mehrheit habe, erklärte er, gebe es drei Auswege, entweder Auflösung des Sejm oder Bildung einer Regierungsmehrheit zwischen Regierungsblock und der Linken oder Staatsstreich. In der Praxis habe sich jedoch die originelle Methode herausgebildet, daß der Sejm den Dispositionsfonds irgendeines Ministers streicht, daß dieser aber aus dieser Tatsache keine Folgerungen zieht und im Amt bleibt.

Der Sejmarschall erklärte weiter, daß das Parlament ein Ort des freien Wortes sein müsse. Ein stummes Parlament sei sinnlos. Die Sejmverhandlungen seien in einem sachlichen Ton geführt worden. Niemand habe „gebrüllt“ und niemand „geschrien“. Wenn man in diesem Landtag eine ständige Mehrheit hätte, würde sich auch der polnische Parlamentarismus zu einem mächtigen Faktor des öffentlichen Lebens entwickeln. Gemäßigtere Ansätze auf die Verfassung und auf das Parlament könnten den Staat in schwere Krisen stürzen.

Die Bauernpartei gegen Pilsudski.

Warschau, 4. Juli.

Der Vorstand der Bauernpartei protestiert in einer Entschließung gegen die Erklärungen Pilsudskis und erklärt, daß die Bauern-

kräfte, wenn die Begrenzung der Rüstungen durchgeführt sei, von Simpson-Deutschland unterstrich in seiner Schlussklärung diese Worte und betonte, daß sie das deutsche Drängen in der Abrüstungskommission auf sofortige Einschränkung der Rüstungen rechtfertigten. Der status quo wäre auch im Rahmen genügend zu erkennen, wenn der deutsche Antrag auf genaue Veröffentlichung sämtlicher Rüstungen in der Abrüstungskommission angenommen würde. Deutschland sehe den Wegfall der Demobilisierungsverpflichtungen nicht als endgültige Tatsache an. Die Veränderungen der deutschen Vorschläge bewiesen aber, was Deutschland schon in seinem Memorandum zur Sicherheitsfrage festgestellt habe, daß

Abrüstung und damit verbundene Deffektivität der Rüstungen ein wesentliches Moment der internationalen Sicherheit

hätten. Die Kommission nahm in ihrer Schlussklärung noch drei Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverträge an und übertrug der Septemberversammlung den sinnlichen Vorschlag auf finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten in des infolge der Meinungsverschiedenheiten vorliegenden nur halbfertigen Bearbeitung.

Die vielen von deutschen bürgerlichen Blättern verbreiteten Gerüchte über Verhandlungen Paul Boncour's mit dem russischen Beobachter in der Sicherheitskommission wegen Beitritt Rußlands zum Kellogg-Pakt bestätigten sich nicht. Rußland hat in Genf bisher keine Versuche in dieser Richtung unternommen.

Untersuchung der Mazedonienfrage.

Den Haag, 4. Juli.

In den Sitzungen der Minderheitenkommission des Weltkongresses der Völkerbundsvereinigungen wurde die traurige Lage der mazedonischen Bevölkerung in Griechenland, Rumänien und Jugoslawien zur Sprache gebracht. Diese Minderheiten würden nicht anerkannt und vor allem in Jugoslawien stark unterdrückt. Nachdem die Frage bereits bei früheren Versammlungen erwähnt worden war, gelang es diesmal, an Hand einer schriftlichen Beweisführung und mit Hilfe Neutralen zu erzielen, daß eine Schiedsgerichtskommission, bestehend aus je einem bulgarischen, rumänischen, griechischen und jugoslawischen sowie drei neutralen Mitgliedern, gebildet wird, die die Angelegenheit genau untersuchen und auf der Oktobertagung in Prag Bericht erstatten soll. Man hofft darnach zu einem praktischen Resultat zu gelangen.

massen Polens mit allen Mitteln die republikanisch-parlamentarischen Einrichtungen schützen und jegliche Anschläge auf den Volksejm mit Entschiedenheit zurückweisen würden.

Danzig, 4. Juli.

Die Angehörigen des in Polen verhafteten Danziger Staatsangehörigen Gottlieb erhielten die Nachricht, daß das zuständige Gericht in Rom bereit sein würde, den Genannten gegen Stellung einer Kaution von 2000 Lira vorläufig freizulassen. Durch Vermittlung des Senats ist die Kaution bei der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig hinterlegt worden. Der Senat hat bei Überlegung der Kaution nochmals dringend ersucht, die Freilassung des Verhafteten zu bewirken.

Unwetter auch im Harz.

Eine Wind- und Regenhose über dem Brodenggebiet.

Wernigerode, 4. Juli.

Heute vormittag nach 11 Uhr setzte ein furchtbarer Wirbelsturm ein, eine Windhose und eine Regenhose wälzten zugleich vom Brocken bis Wernigerode. In etwa sechs Minuten war die Katastrophe zu Ende. Eine Anzahl Dächer wurde abgehoben und fortgeschleudert. In verschiedenen Hotels in der Umgebung der Stadt wurden eiserne Geländerstäbe verbogen, Stühle und Tische weit weggeschleudert. Auf dem Flugplatz hatte man gerade ein angekommenes Verkehrsflugzeug, nachdem Pilot und Fahrgäste ausgefliegen waren, fest verankert. Die Windhose riß das schwere Flugzeug hoch in die Luft und schleuderte es wieder zur Erde; es wurde fast beschädigt. Schwerer Schaden wurde auch in den Wäldern angerichtet. (Siehe auch 1. Beilage.)

Eine bittere Lehre.

Die Verbandswahl der Metallarbeiter.

Über die Berliner Delegiertenwahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter in Karlsruhe liegen jetzt die genauen Abstimmungsergebnisse vor. Für die Liste A (Amsterdam) wurden 18 535 Stimmen abgegeben und für die Liste B (Rostau) 21 639 Stimmen. Für zwei Wahlbezirke mußte die Wahl infolge von Wahlverfehlungen für ungültig erklärt werden. Über den Ausgang der Wahlen wird uns von einem Funktionär des Metallarbeiterverbandes, der in einem Großbetrieb beschäftigt ist, folgendes geschrieben: Es kann darüber keine Meinungsverchiedenheit geben, daß der Ausgang der Delegiertenwahlen für die Berliner Metallarbeiter äußerst besühmend ist.

Was beweist nun dieses Wahlergebnis?

Die „Rote Fahne“ behauptet, daß die Abstimmung gezeigt habe, daß sich die Mehrheit der Berliner Metallarbeiter gegen den „Reformismus“ und für den Kampf ausgesprochen habe. Diese bei den Kommunisten so beliebte Schlussfolgerung ist genau so falsch wie ihre Behauptungen es waren, die sie vor der Wahl gegenüber der Ortsverwaltung von dem Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes aufstellten. Das Abstimmungsergebnis beweist vielmehr, daß rund die Hälfte der Berliner Metallarbeiter dem Organisationsleben noch nicht das Verständnis entgegenbringen, das man eigentlich von organisierten Arbeitern erwarten müßte. Dieser Vorwurf klingt hart, muß aber leider erhoben werden. Bis zu einem gewissen Grade kann als Entschuldigung für die Interessenlosigkeit angenommen werden, daß den der Wahl Ferngebliebenen das Organisationsleben zum Teil vererbt worden ist durch das wilde Treiben der Kommunisten, das nicht nur in den Versammlungen herrscht, sondern bis in die Betriebe forgeschleppt wird und dort zu persönlichen Reibereien ausartet. Um so mehr hätten aber gerade diese Verbandsmitglieder durch die Ausübung ihres Wahlrechts bekunden müssen, daß sie

die politischen Quertreibereien der „Opposition“

beseitigt wissen wollen, zumal ihnen die Kommunisten in den letzten Jahren genügend Anschauungsunterricht darüber erteilt haben, wie sie die Gewerkschaften in ihrer Aktionsfähigkeit hemmen. Es ist noch nirgendwo eine Besserung unliebsamer Zustände eingetreten, wenn sich die davon Betroffenen in den Schmolzwinkel zurückgezogen haben.

Wenn man berücksichtigt, wie die Kommunisten bei dieser Wahl den letzten ihrer Anhänger an die Wahlurne geschleppt haben, kann man ohne Ueberhebung behaupten, daß der Teil der organisierten Berliner Metallarbeiter, der der Wahl ferngeblieben ist, nicht mit den kommunistischen Methoden der Behandlung von Gewerkschaftsfragen einverstanden ist. Daß trotz des scheinbaren „Erfolges“ der Kommunisten ihr Einfluß auch in der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes von Jahr zu Jahr zurückgeht, zeigt

eine Gegenüberstellung der Abstimmungsergebnisse

bei den verschiedenen Wahlen in den letzten Jahren. Zur Verbandstagswahl im Jahre 1923 wurden für die Kandidaten der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung 22 393 Stimmen und für die Rostauer Kandidaten 54 713 Stimmen abgegeben. Die „Opposition“ hatte 1923 also noch gegenüber der Amsterdamer Richtung einen Vorsprung von rund 32 000 Stimmen. Zur Bundestagswahl im Jahre 1927 erhielt die Liste Amsterdam 8000 Stimmen und die Rostauer Liste 14 000. Hier betrug der Vorsprung der

Rostauer nur noch 6000 Stimmen. Zur Verbandstagswahl im Jahre 1928 belamen die Amsterdamer Kandidaten 10 195 Stimmen und die Rostauer 13 625 Stimmen, also nur noch knapp 3500 Stimmen weniger als die Rostauer. In diesem Jahre beträgt der Vorsprung der Kommunisten nur noch rund 3000 Stimmen, obwohl für beide Richtungen entsprechend der gestiegenen Mitgliederzahl mehr Stimmen als vor zwei Jahren abgegeben wurden. Diese Gegenüberstellung zeigt immerhin, daß der

Befundungsprozeß in der Berliner Verwaltungsstelle

des Metallarbeiterverbandes zwar langsam, aber stetig vorwärts schreitet. Die Kommunisten dürfen daher ab ihres „Erfolges“ nicht sonderlich erfreut sein.

Diese Feststellungen ändern aber nichts an der Tatsache, daß die Lauheit unter den Berliner Metallarbeitern gegenüber den Verheugungsmethoden der Kommunisten noch bedauerlich groß ist. Es bleibt besühmend, daß ungefähr 26 Proz. der Berliner Metallarbeiter gegenüber den anderen 74 Proz. der Mitgliedschaft bestimmen können, wer die Berliner Metallarbeiter auf dem Verbandstag vertreten kann. Die meisten unserer Genossen haben während dieses Wahlkampfes in den Betrieben ihr Möglichstes getan, um die organisierten Metallarbeiter restlos an die Wahlurne zu bringen. Der Ausgang der Wahlen muß deshalb für unsere Genossen ein Ansporn sein, in Zukunft noch vielmehr als bisher in den Betrieben von Mund zu Mund zu agitieren, um die Mitglieder für die regere Mitarbeit an dem Auf- und Ausbau der Organisation zu gewinnen. An Beispielen aus der Praxis muß den Gleichgültigen gezeigt werden, daß mit nebelhaften Phrasen wohl die Gemüter erhitze, aber noch lange keine gewerkschaftlichen Erfolge erzielt werden können. Wenn in der nächsten Zeit von unseren Genossen in den Betrieben und Versammlungen in diesem Sinne gewirkt wird, muß es gelingen, bei der nächsten Wahl diese Scharte wieder auszuweichen.

Gauvorsteherkonferenz der Buchdrucker

Wichtige organisatorische Beschlüsse.

Ende Juni fand in Köln eine stark besuchte Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes statt. Die großzügige Beteiligung an der Presse wurde wegen der dominierenden Stellung des Verbandes im Buchdruckgewerbe allgemein gebilligt. Mit Bedauern nahm die Konferenz von der Abweisung des wiederholten Ausnahmegefühls des graphischen Hilfsarbeiterverbandes in die Buchdrucker-Internationale Kenntnis. Um die Ausnahme dennoch in absehbarer Zeit zu erreichen, wird sich der Buchdruckerverband für eine Aenderung des internationalen Statuts einsetzen.

Einen sehr wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete der Lohn- und Manteltarif, wobei insbesondere die letzte Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe eingehend erörtert wurde. Die Organisationsleiter kamen einstimmig zu der Auffassung, daß für die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 9. März d. J. keine Notwendigkeit vorlag. Sie protestierten daher im Einverständnis mit der gesamten Mitgliedschaft des Verbandes auch heute noch gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs durch den Reichsarbeitsminister. Das Schlichtungswesen könne zwar innerhalb des Tarifrechts noch nicht entbehrt werden, aber keinesfalls dürfe die Zwangsschlichtung zur völligen Aufhebung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit führen.

In der Frage der Beurlaubungsordnung soll dahin gestreift werden, daß diese in allen Kammerbezirken zur Durchführung gelangt. Bisher hat die Beurlaubungsordnung für das Buchdruckgewerbe in 39 von insgesamt 67 Bezirken Geltung. Die seit jeher vorbildlichen Unterstützungseinrichtungen will man nach Möglichkeit noch weiter ausbauen.

Zu der Besprechung des Verbandstags 1929 waren beim Zentralvorstand einige — kommunistischen Wünschen entsprechende — Anträge auf Früherlegung des Termins für den Verbandstag eingegangen. Dadurch sollte angeblich eine rechtzeitige Stellungnahme zu den nächsten Tarif- und Lohnverhandlungen bezweckt werden. Da es nicht möglich ist, sich lange Zeit vorher auf die Situation bei Ablauf des Tarifs festzulegen, wurden die Anträge abgelehnt und die Einberufung des Verbandstages voraussichtlich Ende Juni nächsten Jahres nach Frankfurt a. M. beschloffen. Ferner beschäftigte sich die Konferenz mit dem diesjährigen Gewerkschaftskongress, der im September in Hamburg stattfindet.

Neue Verhandlungen im Bäckerstreik.

Heute mittag Streikversammlung.

Gestern nachmittag traten die Gauleitung und die Bezirksleitung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter sowie die Betriebsräte der bestreikten Großbetriebe zusammen. Nach eingehender Besprechung der augenblicklichen Streiksituation waren sich alle Anwesenden darüber einig, daß die jetzige Situation für die Streikenden außerordentlich günstig ist. Die Stimmung der Streikenden sowohl, als auch die Sympathieerklärungen und die Unterstützung des konsumierenden Publikums bestärkten die für die Streikführung verantwortlichen Funktionäre in der Meinung, daß der Kampf bis zur Erreichung der berechtigten Forderungen durchgeführt werden muß.

Gestern abend wurde wieder im Hotel Atlas, Friedrichstraße, mit den Brotfabrikanten verhandelt. Die Funktionäre treten heute vormittag um 10 Uhr zusammen, um zum Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Mittags um 12 Uhr werden dann die Streikenden in einer Versammlung in den Residenzfesthallen, Landsberger Straße, endgültig über das Verhandlungsergebnis und alle weiteren Maßnahmen beschließen. Im Laufe der Versammlung wird auch eine Reihe von interessanten Episoden aus dem Kampfe mitgeteilt werden.

Tariffbewegung in den Staatsforsten.

Die preussischen Staatsforstarbeiter haben in letzter Zeit in Verbindung mit ihrer Organisation, dem Deutschen Landarbeiterverband, wiederholt den Versuch unternommen, einige Bestimmungen des preussischen Staatsforstarbeiterarbeitsgesetzes zu gestalten. Ein zufriedenstellender Erfolg ist ihnen dabei jedoch nicht beschieden gewesen. Der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes hat sich daher entschlossen, den preussischen Staatsforstarbeiterarbeitsgesetz zu kündigen und um Abschluß eines neuen Vertrages auf Grund der eingereichten Anträge zu ersuchen. Neben einer besonderen Regelung des Urlaubs, des Begehendes und der Werkzeugentschädigung wird gefordert: Abschaffung der tariflichen Schiedsstellen und deren Ersetzung durch das Arbeitsgericht, Abschaffung der vierten und fünften Lohngruppe und eine sozialere Staffelung der Lohnsätze für vollarbeitfähige männliche Arbeiter (Lohnklasse A: über 21 Jahre, Lohnklasse B: von 18 bis 21 Jahren, Lohnklasse C: unter 18 Jahren), Abbau der Kinder- und Frauenzuschläge und Schaffung des Ausgleichs durch eine Erhöhung des Stundenlohns in der Spitze um 10 Pf., Erhöhung der Stundenlöhne ab 1. Oktober, und zwar um 10 Pf. in der Spitze.

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Bildhaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Illustration: Dr. John Schittmann; Photos und Grafiken: Fritz Karstadt; Anzeigen: H. Gluck; Druck: Germania-Verlag; Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Verlag; Berlin; Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin; 26. Friedrichstraße 3; Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.

GROßER SAISON-AUSWAHLVERKAUF

Hauskleid gestreift od. einf. Zephir Ermäßigter Preis 1 85	Gartenkleid indanthrenkarierter Stoffe Ermäßigter Preis 3 50	Sakko-Anzug statt bis 110.00 78 00	Schlupfbeckkleid mit Kunstseide, Trikot Ermäßigter Preis 1 45
Kleid jugendl. Form beidr. Vollvolle Erm. Preis 5 90	Mantel mal. Stoff, Seidenfut. Erm. Preis 2 90	Sommer-Unter statt bis 83.00 42 00	Herren-Garnitur Trikot, einfarb., Jacke u. Beinkleid, zus. Erm. Preis 2 90
Wollmusselin, beidr. Ermäßigter Preis 1 250	Morgenrock bedruckter Musselin- oder Flauschstoff Ermäßigter Preis 2 95	Loden-Mantel statt 19.00 12 00	Überjäckchen bunt gestreift Erm. Preis 4 75
Wollmusselin apart, Druckmuster, Ermäßigter Preis 1 35	Bastseide große Farbauswahl, reineseld, ca. 80 cm statt 2.90 bis 3.60 2 45	Oberhemd gestr. u. gemust. Perkal, m. Krag. u. Klappmansch. Ermäßigter Preis 2 75	Taghemd mit Stickerei-Einsatz statt 2.25 1 50
Kasha-artige reinwollene Neuheiten statt bis 5.50 1 95	Crêpe de Chine bedruckt, reineseld, ca. 100, st. 5.90-7.80 4 65	Nachthemd farb. Bes., Gaischform od. m. Krag. Erm. Preis 2 90	Hemd hose m. Klappelapfze u. Stickereimotiv statt 2.50 1 75
Vollvolle bedruckt, Schweizer Qual. u. Druck 112cm statt bis 3.10 0 95	Bordüren beidr. Vollvolle, ca. 120-130 statt bis 4.90 1 80	Herrensocken meliert Jacquard Ermäßigter Preis 0 85	Damenstrümpfe Bemberg-Waschkunstseide, Ermäßigter Preis 2 35

TEILWEISE BIS ZU **50%** ERMÄSSIGUNG AB 2. JULI

NEUSBRÄU

Frottiertuch weiß bunt indanthrenkarierter 48x110 cm statt 1.30 0 95	Frottiertücher indanthren, bunte Kanten, 140-150 cm statt 8.45 6 95
Badcape gemustert Erm. Preis 6 50	Bademantel weiß od. farb. Frottiertuch statt bis 12.50 7 50
Küchenhandtuch weiß halbl. Gänseaug. rote Inschrift, 48-100cm statt 1.20 0 85	Einzelne Stubenhandtücher Halbl. Jacq. od. Gerstenkorn, 48-100 statt 1.25 0 95
Gardinen Netzlore, handgestopft, statt 8.75 6 50	Wollteppich 200 300 250 350 300 400 Erm. Preis 76.-116.-152.-
Vollvoiledekorations weiß statt 21.00 1 550	Veloursteppich 170 240 200 330 250 350 Erm. Preis 54.-81.-125.-
Madrasstoff einfarb. 1 75	

Berlin im Wirbelwind.

Mehrere Verletzte. - Große Schäden. - Ein Flugzeugschuppen zerstört.

Berlin und seine Umgebung waren gestern das Zentrum eines sehr heftigen Wirbelwindes, wie er seit langem nicht zu verzeichnen war. Kurz nach 1/2 Uhr schloß die Sturmfront ein. Alles was nicht niet und nagelsteif war, wurde von dem Sturm, der an vielen Stellen fast den Charakter einer Windhose trug, zerstört. Bäume wurden entwurzelt, Dächer teilweise abgedeckt, Schilder und Blumentöpfe auf die Straßen geschleudert. Tausende von Fensterscheiben wurden zertrümmert. Besonders der Straßenbahnverkehr wurde durch umgestürzte bzw. entwurzelte Bäume, die sich quer über die Straße legten oder die Oberleitungen durchschlugen, in Mitleidenschaft gezogen. Auch in den Wäldern und Parkanlagen der Vororte Berlins hat der Sturm Verwüstungen angerichtet. Bedauerlicherweise sind auch mehrere Straßenpassanten durch herabstürzende Gegenstände verletzt worden. Der Sturm, der fast eine Stunde mit unerbittlicher Stärke wirkte, ging später auf Windstärke 5 herab.

In fast allen Bezirken der Stadt, besonders aber in den südwestlichen und südlichen Teilen, die von dem Unwetter am meisten betroffen wurden, hat der Orkan schwere Verwüstungen verursacht und bedeutenden Schaden angerichtet. Um die zweite Nachmittagsstunde herum gingen in unaußerordlicher Folge Alarme bei der Feuerwehrt ein, die binnen wenigen Minuten mit allen verfügbaren Löschzügen und Fahrzeugen unterwegs war, um Sturmschäden zu beseitigen und drohenden Einstürzen vorzubeugen. Insgesamt wurde die Berliner Feuerwehrt in dieser Zeit mehr als 200mal alarmiert, so daß die Mannschaften überhaupt nicht zur Ruhe kamen. Sehr großen Schaden richtete der Sturm vor allem im

Flughafen Tempelhof

an, wo das freie Gelände die Wucht der Windböen begünstigte. Als das Unwetter einsetzte, wurden sofort die auf dem Rasenfeld stehenden zahlreichen Maschinen der Luftwaffe mit starken Kabeln verankert und alles verfügbare Personal an die Flugzeuge zum Halten kommandiert. Trotzdem riß der Orkan eine achtsitzige Hebe-Wulf „Röwe“ mit samt der Besatzung in die Höhe. Während den Monteuren nichts passierte, wurde die Maschine rückwärts auf eine dahinterstehende Junkers A 20 geworfen, wobei die „Röwe“ schwer, die A 20 dagegen nur leicht beschädigt wurde. Im gleichen Augenblick erlöschte von der Westseite des Flughafens das Krachen einfallender Holzsteife. Der Sturm hatte das Dach einer an der Ostseite des Platzes stehenden hölzernen Flugzeughalle älteren Baudatums mit furchtbarer Gewalt in die Höhe gerissen und die niederstürzende Dachkonstruktion zerstörte einen Teil der Hallenwände und die in dem Hangar stehenden Maschinen. In der Halle waren mehrere Sportflugzeuge, ferner eine alte Kumpfer-Maschine und schließlich auch der sogenannte Schwingenflieger des greisen Bruders Otto Müllers untergebracht, insgesamt sechs Maschinen, die durch die Hallentrümmer fast völlig zerstört wurden.

Leichtflugzeuge waren in diesem Schuppen nicht untergestellt. Sofort nach Einsetzen des Unwetters ertönte die Flugpolizei ein Startverbot, das eine Stunde hindurch aufrechterhalten wurde. Mitten in dem Orkan landeten jedoch drei im Zentralhofen einlaufende Maschinen glatt und ohne Unfall, und zwar eine dreimotorige Junkers, die aus Wien kam, eine Zeitungs- und eine Frachtmaschine.

Verletzte Personen.

Neben den Sturmschäden und die infolge des Orkans entstandenen Unfälle liegen im übrigen folgende Meldungen vor: In der Graefestraße wurde der 43jährige Dachdecker Hermann Stürmer, Kanauer wohnhaft, der auf dem Dach beschäftigt war, von einer Gewitterböe erfaßt und heruntergeworfen.

Er erlitt einen äußerst gefährlichen Wirbelsäulenbruch und wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in sehr bedenklichem Zustande nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. — In der Rüdersdorfer Straße 28 wurde der 47jährige August Käbel aus der Koppenstraße 70 von einem herunterstürzenden Blumentopf so schwer am Kopf getroffen, daß er mit einer Gehirnerschütterung in bewußtlosen Zustande ins Krankenhaus Friedrichshagen transportiert werden mußte. — Einen ähnlichen Unfall erlitt ein 23jähriger Albert Kempfer aus der Genthewer Straße 12 vor dem Hause Sachsendamm 43 in Schöneberg. Auch er wurde durch einen herabstürzenden Blumentopf getroffen und wurde mit einer schweren Gehirnerschütterung in das St. Robert-Krankenhaus transportiert. — Ferner wurde die 58jährige Frau Hedwig Pieper aus der Kruppstraße vor dem Hause Röhstraße 44 in Schöneberg durch ein von einem Breitergerät herabstürzendes Holzstück so schwer verletzt, daß sie ebenfalls in bewußtlosen Zustande im Köpenick-Krankenhaus in Wilmersdorf Aufnahme fand. Auf einer Reihe von Notrufstellen wurden außerdem noch zehn Personen eingekieselt, die durch zertrümmerte Fensterscheiben, herabfallende Stuckteile, Dachziegel usw. Verletzungen erlitten hatten. Auf dem Grundstück Marienburger Straße 23 wurden zwei Handwerker, der 24jährige Tischler Heinz Winkel aus der Heinrichstraße in Potsdam und der 33jährige Otto Judow aus der Siemensstraße durch herabstürzende Balken verletzt. Auf dem Gelände eines Neubaus in der Germania-promenade stürzte ein 100 Meter langes und vier Stodwerke hohes Stangengerüst plötzlich zusammen und begrub Bäume und Baummaschinen unter sich. Handwerker und Arbeiter hatten beim Einsehen des Orkans ihre Arbeitsstellen auf dem Gerüst sofort verlassen, so daß hier glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen ist.

In der Pasterstraße und Königsgräber Straße wurden mehrere Dächer vollständig abgedeckt. Meldungen über Sturmschäden treffen auch aus Friedrichshagen, Wilhelmshagen, Hirschgarten, Rahmsdorf ein, wo in den Wäldern viele Bäume entwurzelt wurden. Der Straßenbahn- und Fuhrwerksverkehr war hier eine Zeitlang völlig lahmgelegt.

Große Schäden sind auch in zahlreichen Laubkolonien zu verzeichnen. Die leichtgebauten Holzhäuschen stürzten wie Kartenhäuser zusammen. Holzdächer und Seitenwände wurden in einzelnen Fällen über 100 Meter weit fortgetragen. Die Obsterte ist vielfach vernichtet. Das unreife Obst liegt haufenweise am Erdboden. In einer Stunde ist hier zerstört worden, was bis Siedler in wochenlangem mühseligen Arbeit in ihrer Freizeit geschafft haben.

Der Straßenbahnverkehr

wurde an zahlreichen Stellen Großverderb erheblich durch die Sturmschäden gestört, da hauptsächlich in den Außenbezirken, aber auch in der Nähe des Tiergartens, viele Bäume umstürzten und die Oberleitungen durchschlugen. Besonders empfindlich wurde der Straßenbahnverkehr in der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Bahnhofes Tiergarten und unmittelbar am Brandenburger Tor in Mitleidenschaft gezogen. Hier hatte ein großer von der Gewalt des Sturmes entwurzelter Baum die Oberleitung der Straßenbahn völlig zerstört und außerdem durch die Wucht des Sturzes zwei Leitungsarme durchbrochen und umgeworfen. Der Straßenbahnverkehr lag an dieser Stelle über ein bis zwei Stunden still und mußte durch Umleitungen notdürftig aufrechterhalten werden, während Arbeitskommandos damit beschäftigt waren, die zerrissenen Drähte wieder in Ordnung zu bringen. Auch in Treptow in der Berliner Straße, in Buckow, Rudow, in Oberschöneweide, in Tempelhof und in Pantow wurden die Oberleitungen der Straßenbahn durch umgeworfene Bäume zerrissen, und es dauerte lange, bis der Verkehr wieder ordnungsmäßig aufgenommen werden konnte. Am

Oranienburger Tor wurde außerdem ein Straßenbahnmaß umgeworfen, der auf einen Autobus stürzte und mehrere Personen dadurch verletzte. Auch der Eisenbahnverkehr litt unter den Sturmschäden, und zwar wurden auf der Strecke Berlin-Potsdam einige Bäume quer über die Schienen geworfen, so daß die in der Nähe stationierten Schrankenwärter erst mit einiger Mühe die Hindernisse aus dem Wege räumen mußten. Dadurch erlitten die D-Züge D 76 (Berlin—Chemnitz) und D 64 (Berlin—Wien) erhebliche Verspätungen.

Außerordentlich starke Verwüstungen richtete der Sturm auch in dem alten Baumbestand des Tiergartens an, und etwa dreizehn bis vierzehn zum Teil recht alte und große Bäume wurden von den Windböen umgeworfen und entwurzelt. In der Nähe der Schleuseninsel wurden mehrere der hohen Pappeln niedergedrückt, und streckenweise waren die Rasenflächen und Wege des Tiergartens über und über mit abgebrochenen Zweigen und Ästen zum Teil von ganz erheblicher Stärke überst. Auf Anordnung von Direktor Timm von der Tiergartenverwaltung wurden sofort mehrere Holzsekolonnen in Tätigkeit gesetzt, die mit Leitern und Sägen die gefährlichen und angebrochenen Äste, die für die Passanten hätten eine Gefahr werden können, beseitigten. Auch in den übrigen Anlagen, im Volkspark, im Plötzensee, in Treptow, sowie in den Wäldern an der Havel und im Grünwald richtete der Sturm unter dem Baumbestand erhebliche Schäden an.

Der Wirbelschauer ist, wie uns mitgeteilt wird, auf den Einbruch kalter arabischer Luftmassen zurückzuführen. Durch den Zusammenstoß der über dem nördlichen Atlantik abgewühlten Luft mit den über Mitteleuropa lagernden stark erwärmten Schichten, bildete sich gegen Mittag eine von Nordwestdeutschland heranziehende dreis Gwittersfront, die Berlin kurz nach 1/2 Uhr nachmittags erreichte. Diese Gewitter führten jedoch nicht zu den gewohnten Entladungen mit Donner und Blitz, äußerten sich vielmehr in ganz plötzlich austretenden heftigen Böen, die bald zu orkanartiger Stärke anschwellen und etwa um 2 Uhr nachmittags ihren Höhepunkt erreichten.

Sturmschäden im Reich.

Das gestern über das ganze Rheinland niedergeschlagene Gewitter war von einem furchtbaren Hagelwetter begleitet, das sich bis zur Ränderung der Saar und bis an die Rur und die Mittelmosel ausdehnte. Seit Jahrzehnten ist ein derartiges heftiges Hagelwetter nicht zu verzeichnen gewesen. Die Hagelkörner erreichten teilweise die Größe von Hühneriern. Als nach einer Viertelstunde der Hagelschlag aufhörte, lagen die Gärten und Felder ein Bild schwerster Verwüstung. Teilweise ist die Ernte vernichtet worden. Der nach dem Hagel einsetzende wolkenbruchartige Regen überschwemmte Straßen und Keller. Tausende von Fensterscheiben wurden zertrümmert. Ein Gärtnereibehälter hat allein zweitausend eingeschlagene Scheiben zu beklagen, ein anderer ein Glaschoben von fünf Fenstern. Zahlreiche Vögel wurden ein Opfer des Unwetters. Auch die Weinberge sind stark in Mitleidenschaft gezogen.

Bad Grund, 4. Juli.

Im westlichen Harzgebiet richtete am Mittwoch vormittag ein Orkan schwere Schäden an. Alle Bäume wurden entwurzelt und Dächer abgedeckt. In Bad Grund wurde das Dach eines Pavillons vom Sturm emporgehoben und zur Erde niedergedrückt, wo es Passanten traf. Eine Frau wurde getötet, ein Mann wurde schwer verletzt. Nach vermehrten Kuriositäten wird noch gesucht. Man rechnet noch mit einer größeren Anzahl Verletzter. Auch in Klausthal-Zellerfeld wütete der Sturm, riß schwere Bäume um und beschädigte mehrere Häuser. Die Telefonverbindungen waren teilweise unterbrochen. Das Unwetter war von wolkenbruch-

zischendes Pfeifen; auch dieses ward immer leiser und hörte bald auf. Darauf ertönte nichts mehr in der Finsternis, als ein schweres Keuchen, wie wenn ein Ersticken nach Luft ränge.

Weedon Scott drückte den Knopf der elektrischen Leitung, und die Treppe und Hausflur lagen im Nu im hellen Lichte da. Dann stieg er mit dem Richter vorsichtig und mit dem Revolver in der Hand die Treppe hinunter. Allein diese Vorsicht war nicht nötig, denn Wolfsblut hatte seine Arbeit getan. Denn unter den umgeworfenen Möbeln lag auf der Seite und das Gesicht unter dem einen Arm verborgen ein Mensch. Weedon Scott beugte sich über ihn, schob den Arm zurück und drehte das Gesicht des Mannes aufwärts. Eine klaffende Wunde am Halse zeigte, wie er den Tod gefunden hatte.

„Jim Hall,“ sagte Richter Scott, und Vater und Sohn blickten sich bedenklich an.

Dann wandten sie sich zu Wolfsblut. Auch er lag auf der Seite, und seine Augen waren geschlossen, aber er erhob die Lider ein wenig, als die beiden Männer sich über ihn beugten, und sein Schwanz bewegte sich zu einem Wabeln. Weedon Scott streichelte ihn, und aus Wolfsbluts Halse stieg als Antwort ein Grollen empor, doch leise nur und schwach und schnell erstarb es. Dann senkten sich die Augenlider und schlossen sich wieder, und der Körper streckte sich steif auf dem Boden aus.

„Es ist aus mit ihm, dem armen Teufel,“ murmelte sein Herr.

„Das wollen wir doch sehen,“ entgegnete der Richter und ging ans Telefon.

Der Doktor kam und arbeitete anderthalb Stunden an Wolfsblut herum.

„Wenn er durchkommt, so ist es ein Wunder,“ sagte er.

„Unter tausenden käme unter den Umständen kaum einer mit dem Leben davon.“

Die Dämmerung schaute unterdessen durchs Fenster, und das elektrische Licht erschien dadurch trübe. Mit Ausnahme der Kinder war die ganze Familie um den Doktor versammelt, um den Ausspruch desselben zu hören.

„Ein Hinterbein ist gebrochen,“ fuhr dieser fort, „sowie

drei Rippen, von denen wenigstens eine in die Lunge gedrungen ist. Außerdem hat er fast alles Blut, das er im Körper hatte, verloren, und höchstwahrscheinlich noch innere Verletzungen, denn er ist getrampelt worden, gar nicht zu reden von den drei Kugeln, die durch und durch gegangen sind. Tausend gegen eins ist noch eine zu optimistische Annahme, man sollte zehntausend gegen eins sagen.“

„Aber nichts darf verläumt werden, um ihn durchzubringen,“ rief der Richter aus. „Koste es, was es wolle. Durchleuchten Sie ihn mit Röntgenstrahlen — kurz, tun Sie Ihr Möglichstes. — Weedon, telegraphiere sogleich nach San Francisco an Doktor Nichols. — Nehmen Sie es nicht übel, Doktor, aber es muß alles aufgegeben werden, wissen Sie.“

Der Doktor lächelte mitleidig. „Natürlich, natürlich, ich verstehe das. Er verdient es, daß für ihn alles getan wird. Uebrigens muß er wie ein krankes Kind gepflegt werden. Vergessen Sie nicht, was ich Ihnen über die Temperatur gesagt habe. Um zehn bin ich wieder da.“

Und wie wurde Wolfsblut gepflegt! Der Vorschlag des Richters, eine Krankenpflegerin kommen zu lassen, wurde von seinen Töchtern mit großer Entrüstung zurückgewiesen, da sie selber die Pflege übernehmen wollten, und Wolfsblut kam, aller Zweifel und aller trübten Prophezeiungen des Doktors zum Trotz, mit dem Leben davon. Allerdings konnte man sich über dessen Voraussagungen nicht wundern. Sein Leben lang hatte er nur verärrtelte Geschöpfe der Zivilisation behandelt, die selber gehegt und gepflegt von Generationen gehegter und gepflegter Wesen abstammten. Mit Wolfsblut verglichen waren das Schwächlinge, die nur matt und schlaff sich an das Leben klammerten. Er jedoch kam gerade wegs aus der Wildnis, wo die Schwachen früh untergehen und niemand verhätschelt wird. Weder sein Vater, noch seine Mutter, noch seine Boreltern hatten irgend eine Schwäche gekannt. Eine Gesundheit von Eisen und die Lebensfähigkeit der Wildnis waren sein Erbeil geworden, und so hing er mit jeder Faser seines Wesens am Leben und klammerte sich mit jener Hartnäckigkeit daran, die einst allen Geschöpfen eigen war.

(Schluß folgt.)

571 Jack London: Wolfsblut.

In einer Nacht, als das ganze Haus schlief, erwachte Wolfsblut, lag aber ganz still. Er sog still die Luft ein, die ihm Kunde von der Gegenwart eines Fremden brachte. Auch schlugen an sein Ohr Laute, welche die Gegenwart eines solchen verrieten. Er bellte nicht, das war nicht seine Manier, und wenn der Fremde leise schlief, so war er noch leiser, denn er hatte keine raschelnden Kleider an. Lautlos folgte er jenem, denn in der Wildnis, hatte er unjählich schreies Bild gejagt, und er kannte die Vortelle eines Ueberfallers. Der Fremde blieb am Fuß der großen Treppe stehen und lauschte, als er wartend dastand, und ebenso still und regungslos stand Wolfsblut und wartete auch. Die Treppe hinauf ging es zu dem Geblöter und zu denen, die ihm das Liebste auf der Welt waren. Wolfsbluts Haar sträubte sich, als er so wartete. Da hob der Fremde den Fuß empor und setzte ihn auf die erste Stufe. Auch Wolfsblut sprang in die Höhe. Ohne einen warnenden Laut, ohne ein Knurren, schob er hoch durch die Luft auf die Schultern des Fremden herab und senkte tief die Zähne in seinen Nacken. Es dauerte nur einen Augenblick, dann hatte er den Mann nach hintenüber zu Boden gerissen, und zurückspringend griff er ihn sogleich, als jener sich aufgerafft hatte, wiederum an.

Ganz Sierra Vista erwachte über den Lärm. Es erhob sich unten ein Getöse, als ob eine Schar Dämonen miteinander kämpfte, und dazwischen ertönten Schüsse eines Revolvers und die Stimme eines Menschen, der in Todesnöten schrie, begleitet von einem lauten, ununterbrochenen Knurren und Grollen, das sich in das Gekröse und Geknatter zerstreuerter Möbel und zerbrochener Gläser mischte.

Allein fast ebenso schnell wie der Lärm entstanden war, erstarb er auch, denn der Kampf hatte nicht länger als drei Minuten gedauert. Die erschrockene Familie versammelte sich oben an der Treppe. Von unten wie aus einem Abgrund kam ein gurgelnder Laut heraus, als ob Luftblasen in Wasser emporstiegen. Dann verwandelte sich der Ton in

artigem Regen begleitet, der die Harzgewässer in kurzer Zeit zu reichenden Gebirgsbächen anschwellen ließ. Das Unwetter dauerte in unerminderter Heftigkeit etwa eine Stunde. Der Schaden ist ganz beträchtlich.

Breslau, 4. Juli.

Während des kurzen Gewitters, das verbunden mit einem Hagregen, über Breslau niederging, wurde die Umgegend Breslaus von einer schweren Windhose heimgesucht, die insbesondere in der Gegend von Pirscham schwere Verwüstungen angerichtet hat. Um das Kaffeehaus Pirscham herum sind Dutzende von Obstbäumen, Kastanienbäumen usw., die zum Teil einen recht stattlichen Umfang aufweisen, über dem Boden glatt abgebrochen und ein Stück vom Sturme weitergeführt worden. Andere Stämme wiederum hängen schräg über dem Erdboden und sind enturzelt. Im Kaffeehaus Pirscham selbst hätte die Windhose beinahe zu einer verhängnisvollen Katastrophe geführt. Durch den plötzlichen heftigen Sturm wurde nämlich ein Schornstein, der sich gerade über der Küche befand, abgebrochen. Er durchschlug das Dach und das Mauerwerk und fiel zum Teil auf den Boden, zum Teil in den Garten des Restaurants. Währenddessen befanden sich einige Bewohner des Kaffeehauses unter der Unfallstelle in der Küche. Sie wurden vom Sturm gleichfalls ein Stück hochgehoben und umarmten sich gegenseitig in der ersten Angst, da man vermutete, das ganze Haus würde einstürzen.

Halle, 4. Juli.

Über Mitteldeutschland tobte, nachdem in der vergangenen Nacht zwei schwere Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen die Himmelskugel beendet hatten, am Mittwoch ein heftiger Sturm. Um 11 Uhr vormittags zog vom Brocken bis nach Blankenburg durch den ganzen Harz mit furchtbarer Gewalt eine Windhose, die großen Schaden angerichtet hat. Bei Dreienhohne ist der Wald buchstäblich umgelegt worden. Bäume von einem halben Meter Durchmesser wurden abgetrennt. Ganze Wegstrecken sind mit abgerissenen Baumkrönen bedeckt. Die Obstbäume haben großen Schaden erlitten. Besonders groß waren die Verwüstungen durch den Sturm auch in Bitterfeld und Umgebung. Von einer größeren Anzahl von Häusern wurden die Dächer vollständig oder zum Teil abgedeckt. Groß ist die Zahl der entwurzelten Bäume. Eine Startstromleitung wurde zerrissen. Der Telefonbetrieb mußte teilweise stillgelegt werden.

Der Leichenfund in Klein-Machnow.

Erschießung in der Notwehr?

Gestern morgen wurde, wie wir im „Abend“ mitteilen, in Klein-Machnow ein Mann erschossen aufgefunden, in dem man einen 53 Jahre alten früheren Fuhrmann Wilhelm Hebe erkannte.

Wie die Totortbesichtigung ergab, lag Hebe auf dem Rücken. Ein Schrotschuß hatte die linke Schulter getroffen, die Halsschlagader zerrissen und so den Tod infolge Verblutung herbeigeführt. Unter der Hand der Leiche lag ein ziemlich langes Küchenmesser. Allen Anzeichen nach hatte Hebe auf einem Spargelfeld, das etwa 30 Meter entfernt liegt, Spargel und Spargelkraut schneiden wollen. Die Annahme, daß er hierbei von dem Besitzer des Feldes überfallen und niedergeschossen worden sei, hat sich im Laufe des Nachmittags bestätigt. Der Besitzer des Spargelfeldes, dem auch ein in der Nähe gelegenes Haus gehört, ein gewisser W., ist in einem Betriebe als Angestellter tätig. Hier wurde er von Gendarmen festgenommen und zur Vernehmung dem Berliner Kriminalkommissar Dräger vorgeführt.

Er gab den Schuß sofort zu. W. ist auf keinen Fallern widerholt von Dieben bestohlen worden und hatte daher in der Nacht zu Mittwoch Wache gestanden. Zwischen 12 und 1 Uhr entdeckte er wieder einen fremden Mann im Spargelfeld. Mit einer Schrotflinte bewaffnet, ging er hinaus und schlich sich an den Dieb heran. Auf seinen Anruf sprang der Ertpappte auf und wollte ihn mit einem langen Messer angreifen. Jetzt feuerte W. Der Fremde rannte davon, und W. ging ins Haus zurück in der Annahme, daß der Dieb jetzt genug habe. Daß er ihn tödlich getroffen haben könnte, glaubte er nicht. Am Morgen ging er wie immer seinen Arbeiten nach und dachte nicht mehr an den nächtlichen Zwischenfall. Ob die Darstellung Ws in allen Punkten der Wahrheit entspricht, wird noch nachzuprüfen sein. Insbesondere muß festgestellt werden, ob die Schrotflinte auf einen Notwehrschuß schließen läßt.

W. wurde bis zur völligen Klärung der Angelegenheit in Haft gehalten.

Ein schlechter Steuerbeamter.

Daß der Kaufmann Tolle aus Königsberg bei einem Bezirksamt in der Steuerverwaltung angestellt und durch Handschlag als Beamter verpflichtet werden konnte, mußte Staunen erregen, denn in einer Verhandlung gegen Tolle wurde festgestellt, daß Tolle schon fünfmal verurteilt war, darunter einmal mit zwei Jahren Gefängnis. Tolle war sechs Monate in seinem Amte und schied dann freiwillig aus. Bald danach stellte sich heraus, daß er aus eigener Rechtsvollkommenheit dem Vollziehungsbeamten gespielt hatte. Schon während seiner Dienstzeit und auch nach seinem Ausscheiden hatte er, ausgerüstet mit ordnungsmäßig gestempelten Formularen und Quittungen, Steuerpfändungen in seinem Bezirk vorgenommen. Es war

Die neue Beratungsstelle.

Ihre Aufgaben und ihre Ziele.

Die in Neukölln geschaffene Sexualberatungsstelle der Krankenkassenambulatorien, über die im „Vorwärts“ schon berichtet wurde, ist gestern eröffnet worden. Ueber ihre Aufgaben schreibt uns unser medizinischer Mitarbeiter Genosse Dr. med. Norbert Marg:

Bei der Betrachtung aller sozialhygienischen Probleme muß man zwei grundlegende Gesichtspunkte unterscheiden: den Ist-Zustand, von dessen Betrachtung man ausgeht, und den Soll-Zustand, den man erstrebt. Es ist nun das Charakteristische der menschlichen Fortpflanzung, daß sie heute fast noch unregelmäßig ist, obwohl wir in der Wirtschaft bestrebt sind, alles zu organisieren. Deshalb besteht zurzeit in einem Arbeiterquartier die Hauptaufgabe einer Sexualberatungsstelle in der Verhütung unerwünschten Nachwuchses, der die wirtschaftliche Lage der einzelnen Arbeiterfamilien nur noch weiter verschlechtern würde.

Es ist heute unbestreitbar, daß die Frauen der besitzenden Klassen die Verhütungstechnik beherrschen und sich ihrer rücksichtslos zur Kleinhaltung ihrer Familie bedienen, andererseits für Geld jederzeit Mittel zu ersten Professoren bekommen, die bei Eintritt einer unerwünschten Schwangerschaft eine Beseitigung als „dringend notwendig“ wegen drohender Lebensgefahr“ bestätigen. Die sozialistischen Sozialhygieniker fordern deshalb, ausgehend von der Tatsache, daß Vorbeugen und Verhüten leichter, dem Körper zuträglicher und auch billiger ist als Heilen, daß den Frauen des Proletariats die gleiche Möglichkeit gegeben werden muß, an den Fortschritten der medizinischen Technik auf dem Gebiete der Verhütung unerwünschten Nachwuchses teilzunehmen, wie den Frauen der Bourgeoisie.

Die Grundzüge, nach denen diese Beratungsstelle ihre Tätigkeit im Ambulatorium Neukölln aufnehmen wird, sind von einem wirklichen Verständnis für die Räte des Proletariats getragen. So

erscheint es uns sozialistischen Mediziner als selbstverständlich, daß bei Frauen, die an einer Tuberkulose, einem schweren Herz- oder Nierenleiden oder einem anderen chronischen Leiden erkrankt sind, eine neue Schwangerschaft verhütet werden muß. Es ist bekannt, daß diese Krankheiten durch neue Schwangerschaften nur verschlimmert werden. Außerdem muß, wenn es sich um Mütter mit Kindern handelt, zuerst an die Erhaltung der Mutter im Interesse der schon vorhandenen Kinder gedacht werden. Ebenso wichtig sind die sozialen Gesichtspunkte, d. h. eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Frau bzw. der Familie. Es sei nur daran erinnert, daß vor einigen Wochen eine junge Mutter von 26 Jahren mit sechs lebenden Kindern aus Furcht vor einer neuen Schwangerschaft in die Spree zu springen versuchte. Als diese Not bekannt wurde, schrieben die bürgerlichen Zeitungen, hier müsse die Wohlfahrtspflege eingreifen und legen Sammellisten für wohlthätige Spender aus, ohne an das Nächstliegende zu denken, daß es für die Frau und die Allgemeinheit besser gewesen wäre, wenn diese Frau durch die rechtzeitige Anwendung von Schutzmitteln nicht zu diesem Verzweiflungsschritt getrieben worden wäre. Diese soziale Indikation, wie man es wissenschaftlich nennt, ist es, für die wir Sozialisten in der Zeit ganz besonders eintreten müssen. Wo alles rationalisiert wird, muß auch eine Rationalisierung der Kinderzahl entsprechend der wirtschaftlichen Lage eintreten. Auch hier bieten wieder die besitzenden Kreise das beste Vorbild. Die regierende Linie eines Fürstenhauses, d. h. die Thronfolgerfamilie, ist immer reich an Kindern, während die Geschwister des Kronprinzen sich mit ein bis zwei Kindern begnügen. Genau so war es auch beim alten Adel und bei den wohlhabenden Bürgerfamilien. Auch auf diesem Gebiet muß das Proletariat die herrschende Klasse mit ihren eigenen Waffen schlagen, d. h. es muß die Aufhebung des § 218 und den weitestgehenden Ausbau der Beratungsstellen für Geburtenregelung im Interesse der Arbeiterschaft erzwingen.

ihm gestiegen, ganz erhebliche Beträge, bis zu 750 Mark im Einzelfalle, einzuziehen. Vorichtigerweise hatte er keine „Pfändungen“ bei Deuten vorgenommen, die erst kurze Zeit in Berlin wohnen und dabei mit den Berliner Steuerverhältnissen nicht vertraut waren. Tolle erwies sich aber als kein Unmensch, denn er ließ mit sich handeln und gab auf die angeblichen Steuerschulden bei sofortiger Zahlung erhebliche Rabatte. Das Schöffengericht erkannte gegen Tolle auf 8 Monate Gefängnis.

Das Todesauto auf dem Bürgersteig.

Ein Lastwagen überfährt drei Passanten.

In der Köpenicker Straße geriet gestern Abend ein Lastauto auf den Bürgersteig und überfuhr drei Personen, von denen eine tödlich und die beiden anderen schwerverletzt wurden.

Der Führer des Lastautos, der 24jährige Erich H. aus der Brongestraße, befand sich mit seinem Wagen auf dem Wege zur Garage. Vor dem Hause Köpenicker Str. 127 vorüber, wahrscheinlich infolge einer Unbeherrschung im Straßenpflaster, die Herrschaft über die Lenkung und fuhr in vollem Tempo auf den Bürgersteig. Das schwere Gefährt prallte gegen eine Autotuffsäule, die wie Glas wegbrach und überfuhr drei Personen, zwei Frauen und einen Mann, die in diesem Augenblicke die Unfallstelle passierten. Das Auto raste schließendlich gegen den Toreingang des Hauses Köpenicker Str. 128 und brachte einen Teil des Mauerwerks zum Einsturz. Die Vermissten, die 21jährige Margarete Behdiger aus Rosenthal, ihre 24jährige Schwester Hildegard und deren Begleiter, der 32jährige Otto Heinze aus Blankenburg, wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen durch die Feuerwehr in das Bethanienkrankenhaus gebracht. Margarete C. ist ihren Verletzungen bereits erlegen.

Zu gleicher Zeit kam der 18jährige Radfahrer Wilhelm Grieger aus der Sonast. 16, der sich auf seinem Fahrrad auf dem Heimweg befand, vor dem Hause Liefenst. 3 zu Fall und wurde von einem hinterherkommenden Lastauto überfahren. Der junge Mensch wurde sterbend zur Rettungsstelle gebracht.

8 Jahre Gefängnis im Wichmann-Prozess.

Die Familientragödie in Frankfurt a. M.

Das Schwurgericht in Frankfurt a. M. verurteilte am Mittwoch den früheren Bahnbeamten Friedrich Wichmann, der in der Nacht zum 1. März d. J. aus wirtschaftlicher Not seine drei Kinder, gemeinsam mit seiner Frau, und dann die Frau erwürgt hatte, zu acht Jahren Gefängnis.

Begrabene Prägestücke.

Ein bekannter Kleingeld-Fälschmünger verhaftet.

Falsche Zehnspfennigstücke tauchen in der letzten Zeit an verschiedenen Stellen Groß-Berlins im Verkehr auf. Der Verdacht der Fälschgeldzentrale fiel auf einen der Kriminalpolizei schon bekannten Kriegsschädling Adolf Deppte, mit dem sie zuletzt im Jahre 1924 zu tun gehabt hatte.

Deppte stellte damals 10- und 50-Pfennigstücke her und besaß einen Prägestock für 1-Markstücke. Er wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die er auch verbüßte. Die Prägestücke wurden damals nicht gefunden. Deppte mußte irgendwo gewarnt worden sein und hatte die Werkzeuge, wie man jetzt weiß, an verschiedenen Stellen vergraben. Beamte der Zentrale ermittelten, daß er in Charlottenburg am Hofweg in einem Hause einen Keller gemietet hatte, beobachteten ihn und nahmen ihn gestern fest. Bei ihm fanden sie 50 falsche Zehnspfennigstücke und im Keller noch 200. Alle sind von derselben Art, wie er sie früher angefertigt hat. Auch die im Verkehr ermittelten Stücke sind die gleichen Fabrikate. Deppte behauptet, sie stammten nicht aus seiner neuen Werkstatt, es seien alte Stücke. Sie hätten ihn nicht mehr gefallen und er habe sie im Tiergarten verstreut. Dort müßten Kinder sie gefunden haben und so müßten sie ohne sein Zutun wieder in Umlauf gekommen sein. Der Fälscher hatte sich zunächst nur eine neue Maschine für Zehnspfennigstücke anschaffen können. Zu einem Apparat für Markstücke langte das Geld noch nicht, und für die 50-Pfennigstücke fehlte ihm der alte Prägestock. Die beiden anderen hatte er wieder ausgebuddelt. Mit dem Versteck des 50-Pfennigstockes oder hatte er Pech gehabt.

Auf der Stelle, wo er ihn vergraben hatte, ist nämlich das Planetarium erbaut worden.

Großfeuer in Teltow.

Die Feuerwehren von Teltow und Umgebung, sowie mehrere Züge der Berliner Wehr waren gestern in der Groß-Lichterfelder Straße 45 in Teltow mit der Bekämpfung eines Großfeuers stundenlang beschäftigt. Unmittelbar an das Gut Seehof in Teltow schließen sich die Gebäude des „Evangelischen Diakonissenhauses“ an. Dort war gegen 17 Uhr in einem etwa 30 Meter langen massiven Stallgebäude Feuer entstanden, das infolge des sehr heftigen Windes mit großer Schnelligkeit um sich griff. Das Stallgebäude bildete bald nur noch ein großes Feuermeer. Es konnte trotz starken Wassereinsatzes aus zahlreichen Schlauchleitungen nicht mehr verhindert werden, daß die Flammen auch auf das zweistöckige Wohngebäude übergriffen. Der Dachstuhl und das obere Stockwerk wurden vom Feuer zerstört. Erst gegen 19.30 Uhr war die Gewalt des Feuers gebrochen. Der Schaden ist sehr hoch. Die Entstehungsursache ist vermutlich Unvorsichtigkeit.

Ha. R.

GIBSON GIRL MANOLI

ALLES VEREINT FÜR 5 PFG

Die Kolonie „Eintracht“.

Prügel im Gerichtssaal.

„Du Kretz, da hast du was“, sagte Frau Bichotta aus Ostpreußen gestern im Gerichtssaal, als sie dem Privatkläger, Herrn Roland, zur Bewunderung aller anwesenden Vertreter einer hohen Justiz eine überaus kräftige Maulschelle verfehlte.

Da gibt es nämlich eine Laubentkolonie „Eintracht“, die sich freilich keineswegs nach dem Bibelwort richtete: „Linder, liebet euch untereinander!“ In der Kolonie waren nämlich wiederholt Diebstahle vorgekommen, vor allem vermissten Bewohner der Kolonie verschiedentlich wackere, eierlegende Hühner. Herr Roland hatte das Ehepaar Bichotta als die freien Spitzhühner bezeichnet, diese aber wollten den Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen und schritten zur Privatbeleidigungsklage. Der erste Beleidigungsprozess endete mit einer Freisprechung. Der Ehemann Bichotta hatte aber Berufung eingelegt, und seine Frau trat diesmal als Zeugin auf. Sie ist eine kleine, aber sehr belebte Dame, beinahe tadellos und fast so breit wie hoch, kurz, eine derbe Ostpreußerin. Kaum hatte der Angeklagte einige Einwendungen gemacht, als sie sich wulstendramatisch auf ihn stürzte und mit ihrem ostpreussischen Dialekt ausrief: „Du Kretz, da hast du was.“ Dabei schlug sie ihm links und rechts mit ihrer schweren Handtasche ins Gesicht, packte den Verdächtigten und wirbelte ihn um sich herum. Dann hagelten ihm Faustschläge ins Gesicht und auf den Kopf. Auch der Kläger eilte seiner Frau zu Hilfe. Am Saal entstand große Aufregung, die Sitzung mußte unterbrochen werden. Der Ehemann ließ sich von dem Justizbeamten leicht beiseite drängen, dagegen bedurfte es der ganzen Kraft von zwei kräftigen Justizwachmeistern, um den armen Beklagten aus den Händen der wulstendramatischen Zeugin zu befreien.

Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und verhängte über die schlafgertige Zeugin eine Ordnungstrafe von zwei Tagen Haft, während der Ehemann nur 30 Mk. Geldstrafe bekam. Die Berufungsverhandlung endete damit, daß Roland und eine der mitangeklagten Frauen wiederum freigesprochen wurden, aber eine dritte Angeklagte wurde zu 30 Mk. verurteilt, weil ihr nachgewiesen wurde, daß sie über das Ehepaar Redereien gemacht habe.

Zigeuner als Menschenfresser.

Ein Stück wildestes Afrika in Ungarn.

In Kaschau (Ungarn) beginnt demnächst ein Prozeß gegen 103 Zigeuner. Die Vorgeschichte dieses Prozesses reicht bis in den Dezember 1927 zurück. Damals wurde in der Nähe von Kaschau ein Kaufmann in seinem Bute liegend tot aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich sofort auf die Bande des Algeimerhüpfelings Alexander Fille. Der Verdächtige wurde verhaftet und gestand, an der Tat beteiligt zu sein. Im Verlauf der dann vorgenommenen Vernehmungen ergab sich, daß Fille mit seiner Bande viele Menschen auf dem Gewissen und seine Opfer mit seinen Komplizen regelrecht aufgefressen hat. Insgesamt sollen fünf Menschen von den Zigeunern umgebracht und verzehrt worden sein. Vier Weiber, die an dem furchtbaren Verbrechen beteiligt sind, beteuerten bei ihrer Vernehmung weinend, daß sie durch Schläge gezwungen worden seien, das auf Karren in das Zigeunertager gebrachte Menschenfleisch zuzubereiten. Der Häuflein der an der Tat beteiligten Zigeuner ist 22, der jüngste 16 Jahre alt. Sie können weder lesen noch schreiben, haben nie eine Schule besucht und sind vollständig verwildert. Der ermordete Mensch ist ihnen nicht mehr als das geschlachtete Tier.

Automobilisten als Verbrecher.

In der Umgegend von Straßburg wurde auf der Chaussee zwischen Reintenhagen und Mümsbagen eine Frau auf dem Heimwege von einem in schneller Fahrt daherkommenden Auto von hinten überfahren und getötet, wobei der Kopf vollständig zermalmte wurde. Kurz darauf ist ein zweites Auto über die Verunglückte gefahren. Beide Autos sollen weitergefahren sein, ohne sich um die Verunglückte zu kümmern.

Afrika in Berlin.

Am Kuhhalter Bahnhof kamen gestern Abend 60 Bewohner des Somallandes an — Männer, Frauen und Kinder. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich zur Begrüßung des exotischen Besuches eingefunden, und der Kontakt Berlin—Somaliland war bald hergestellt. Die schlanken, hochgewachsenen Söhne und Töchter Afrikas sind sehr europäisch zugänglich und lebenswürdig. Einige sprechen sogar ein paar Brocken Deutsch, andere wieder Ungarisch, da sie soeben von einem Budapest-Engagement kamen, das die erste Etappe ihrer Europatournee bildete. Mit Koffern, Strohmatten, Decken und Blechzeug reich beladen zogen sie unter dem Jubel der Menge in die für sie bereitstehenden Autos, die sie nach ihrer neuen Heimat, dem Zoologischen Garten, brachten. Am Sonntag, dem 8. Juli, werden sie sich dem Berliner Publikum vorstellen. In den nächsten Tagen ist auch noch ein ausländischer Tiertransport zu erwarten.

Rosenfest im Rose-Theater. Mit viel Liebe und unermüdlichem Fleiß ist man in der Großen Frankfurter Straße bemüht, seinem Publikum immer wieder Abwechslung zu bieten. Das reichhaltige Programm der sommerlichen Gartenbühne — von 6 bis 1 Uhr wird getanzt, gespielt, gelungen und zwischendurch Varieté gemacht — spielte sich diesmal im rosenbeträuzten Rahmen ab. Rosenfest auf der Bühne, im Garten, in der Langblau Sonnenföhne, Rosen, viele fröhliche Jugend in ihrer nagelneuen Sommergarderobe, und das sollte keine Stimmung geben? Die war denn auch in reichlichem Maße vorhanden. Beiträgen von Sommerlicher Lebensfreude, wor der Kontakt zwischen Schauspielern und Zuschauern der denkbar beste, alles gefiel, und so machte es allen Spaß. Außer dem artistischen Teil gab es diesmal ein fröhliches Spielchen „Freude, schöner Götterfunken“, ein Gemisch von Scherz, Satire und tieferer Bedeutung, berstlich aufgefressen mit allerlei ufligen Aktualitätswitzen. In der Pause stieg ein prächtiges Feuerwerk gen Himmel, dann folgte die Operette „Der Fürst von Pappenheim“, in der sich Toni Heuser als liebtliches Prinzlein, Kurt Mikulski als Bollblut-Idiot und Hans Rose als toller Junge hervortraten.

Die deutsch-amerikanischen Sänger in Treptow. Der deutsch-amerikanischen Gesangsvereins „Aria“ aus Brooklyn ist, wie wir melden, in Berlin eingetroffen. Nach einer Begrüßung durch den Berliner Oberbürgermeister Böß im Rathaus beging der Verein in der Treptower Abtei gestern Abend das amerikanische Unabhängigkeitsfest. Reichstagspräsident Genosse Paul Böhse feierte die Gäste durch eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Ansprache. Für die Vereinigung Karl Schurz redete in Vertretung des erkrankten Abgeordneten Erfelenz Gouverneur a. D. Schnee.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Die Fahrt nach Berlin findet nicht statt. Nächste Liebeshunde am 9. August.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bis an das Geschäftssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

- 2. Kreis Wedding. Freitag, 6. Juli, 19 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisverbandes an bekannter Stelle.
- 6. Kreis Kreuzberg. Freitag, 6. Juli, 19 1/2 Uhr, Kreisvorstandssitzung bei Kreyß, Plauerstr. 70-76.
- 7. Kreis Charlottenburg. Der Arbeiter-Kameraden-Bund veranstaltet am Sonntag, 8. Juli, eine volkshellich genehmigte Straßenversammlung. Die Gesellen werden ersucht, sich recht zahlreich in den Dienst dieser guten Sache zu stellen.
- 13. Kreis Tempelhof. Alle Parteiführer des 13. Kreises, die noch nicht im Besitze von Einliekarten für das Sommerfest im Tierpark sind, sind am Sonntag, 8. Juli, nach dem Bismarckpark eingeladen, sich am Freitag, 6. Juli, zur Sitzung des Kreisbildungsausschusses nach Empfangnahme der Karten einzufinden.

heute, Donnerstag, 5. Juli.

- 12. WM. 20 Uhr bei Schmidt, Bielefeldstr. 17, wichtiges Funktionärstreffen.
- 15. WM. Tempelhof. Die Handarbeit findet heute Abend von Paradoz, Werderstraße, um 18 Uhr abgahen.

Morgen, Freitag, 6. Juli.

- Schöneberg. 7. WM. 20 Uhr bei Jürgens, Barbartschstr. 66, wichtiges Funktionärstreffen. — 79. WM. Pünktlich 20 Uhr bei Groß, Sebanstr. 17, Funktionärstreffen. Wichtiges Tagesprogramm. Erscheinen aller notwendig.
- 11. WM. Friedenau. 20 Uhr bei Klabe, Sandbühlstr. 69-71, Funktionärstreffen. Erscheinen sämtlicher Funktionäre dringend erforderlich.
- 12. WM. 20 Uhr bei Grottel, Sebanstr. 10, Funktionärstreffen. — 90. WM. 19 1/2 Uhr bei Schödel, Bielefeldstr. 3, Funktionärstreffen. — 91. WM. 19 1/2 Uhr im Hotel Simmermann, Treptower Str. 10, Ecke Stuttgarter Straße, Funktionärstreffen. Erscheinen aller ist Pflicht. — 97. WM. 19 Uhr bei Rahn, Bismarckpark, Bismarckpark, Funktionärstreffen. — 98. WM. Friedenau. 19 1/2 Uhr bei Becker, Schaeffstr. 96, Funktionärstreffen. Erscheinen sämtlicher Funktionäre dringend erforderlich.

Funkwinkel.

Die neue Berliner Straßenordnung, die dem Magistrat bereits seit dem 18. Februar im Entwurf vorliegt, wird wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zeit in Kraft treten. Das Interesse der Öffentlichkeit ist begrifflichweise schon heute lebhaft auf sie gerichtet. Der Berliner Polizeipräsident, Carl Jürgel, behandelte in einem Rundfunkvortrag einige der wesentlichsten Regelungen, die sie bringen wird. Zwei Polizeiverordnungen, deren älteste aus dem Jahre 1834 stammt, werden durch sie außer Kraft gesetzt werden. Der neue Erlaß über die Straßenordnung umfaßt zwei Hauptteile, der erste beschäftigt sich mit der Regelung des Straßenverkehrs, der zweite mit der Aufrechterhaltung der Ruhe in den Straßen. Eine möglichst reibungslose Abwicklung des Straßenverkehrs soll durch genaue Regelung des Verhältnisses zwischen Fußgängern, Radfahrern und Fahrzeugen herbeigeführt werden. In den Hauptverkehrsstunden sollen die Verkehrsstraßen erster Ordnung der Benutzung durch Radfahrer entzogen werden. Der Vortragende betonte, daß durch diese Bestimmung die Bedeutung des Rades als das Fahrzeug des kleinen Mannes durchaus nicht verkannt werde. Aber es liegt im Interesse der Radfahrer selbst, daß sie dem gefährlichen Autoverkehr der Hauptstraßen ferngehalten werden. Neben „Reden und Schweigen“ plauderte Anna Kappstein ein geistreiches Feuilleton, in dem sie auch wirklich wesentliche Probleme des menschlichen Beieinanderseins kurz und beleuchtend wußte. Dr. Rudolf Wagner sprach über „Klimazonen der Erde“. In seinem Vortrag, der anfangs etwas zu eingehend die einzelnen Unterabteilungen der Gelehrten auf diesem Gebiete behandelte, zeigte der Vortragende interessante Zusammenhänge von Kultur und Klima auf. Das Abendkonzert brachte wieder und, wirkungsvoll und eht im Klang, alte Cembalomusik, die Alice Ehlers spielte.

126/128. Ubl. Gaskow. 20 Uhr bei Reche, Berliner Straße, 48. Einberaumung, Funktionärstreffen. Anschließend Vorstandssitzung mit den Kreisleitern.

Frauenveranstaltungen.

- 3. Kreis Wedding. Abrechnung der Dampferfahrten am Freitag, 8. Juli, in der Vorabendstunde.
- 7. Kreis Charlottenburg. Die Dampferfahrten für den 8. Juli zur Fahrt nach dem Schielersee sind noch bei allen Abteilungsleiterinnen und auch an Bord des Dampfers zu haben.
- 14. WM. Für unsere Dampferfahrt sind noch bei der Genossin Luise Vogel, Seidenstraße 42, Karten zu haben.
- 33. WM. Charlottenburg. Karten für unsere Dampferfahrt am 8. Juli, sind noch bei der Genossin Hilke, Uferstr. 9, zu haben.
- 136. WM. Reinickendorf-Öst. Wer Lust und Zeit hat, beteiligt sich heute, Donnerstag, 5. Juli, am Kreis-Ballereichen in Tege, „Kleiner Exposition“. Treffpunkt 14 1/2 Uhr Schönehaus.
- 33. WM. Fichterselde. Alle Parteiführer und sonstigen tätigen Genossen treffen sich am Abend, 7. Juli, 20 Uhr, beim Genossen Krull, Panfiker Str. 10, zur erweiterten Abteilungsverhandlung. Wichtiges Tagesprogramm. Die Mitglieder der Bannerkommission müssen schon um 19 Uhr im gleichen Lokal anwesend sein.

Jungsozialisten.

Groß-Berlin: Zum Jungsozialistentreffen in Treptow besuchen wir die Rüge (Sonabend, 14. Juli): 14.00, 14.40, 15.50, 16.30, 17.00, 17.30 u. f. f. Radfahrer Sonntag: 4.57, 5.46, 6.23, 7.17. Abfahrt Leichter Radfahrer. Fahrpreis 1 M. — Wohnung, Gruppenleiter: Die Berichtsbogen für Juni müssen umgehend dem Genossen Hilke, Sebanstraße, Bielefeldstr. 3, eingereicht werden. — Zu der am Sonntag, 7. Juli, stattfindenden Dampferfahrt zur Besichtigung sozialdemokratischer Studienorte sind unsere Genossen eingeladen. Näheres über Abfahrt usw. siehe Radfahrer der SS. — Gruppe Reinickendorf: Der Gruppenabend muß ausfallen, da kein leeres Zimmer zur Verfügung steht.

Vereinigung sozialdemokratischer Studierender. Sonabend, 7. Juli, Dampferfahrt nach dem Müggelsee — Treptowgarten. Abfahrt 18 1/2 Uhr ab Seidenstraße. Gäste herzlich willkommen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

7. WM. Unser langjähriger Genosse Albert Henke ist nach kurzer schwerer Krankheit am 2. Juli im 67. Lebensjahre verstorben. Erre seinem Andenken! Einbürgerung am Freitag, 6. Juli, 20 Uhr, im Krematorium Gieselerstraße. Wir bitten um rechte Teilnahme.

6. WM. Unser Genosse E. H. H. Reinickendorfer Str. 88, ist an den Folgen eines Herzleidens verstorben. Erre seinem Andenken! Beisetzung am Freitag, 6. Juli, 14 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Freiwilligen Gemeinde, Friedrichstraße, Zentralfriedhof. Wir bitten um rechte Teilnahme.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Mitgliederversammlungen, heute, 19 1/2 Uhr.

Kreuzberg: Jugendheim Vorking, Ecke Grawenstraße. — Rotbuntes Kreuz: Preiser Str. 2-20. — Kämpfer Viertel: Jugendheim Brandenburger Str. 128. — Südwesten: Jugendheim Bismarckstr. 4. — Fichterselde: Ostal Wulke, Raststraße. — Wittenau: Jugendheim Rosenfelder Str. 15.

Städtischer Part: Vortrag: Fortmund. — Schönhauser Vorstadt: „Friedensfeier“. — Seidenstraße: Um 19 Uhr findet beim Genossen Karl Berger, Seidenstraße 17, die Funktionärstreffen statt.

Herbertstraße: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 10. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 11. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 12. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 13. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 14. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 15. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 16. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 17. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 18. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 19. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 20. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 21. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 22. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 23. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 24. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 25. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 26. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 27. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 28. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 29. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 30. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 31. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 32. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 33. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 34. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 35. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 36. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 37. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 38. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 39. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 40. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 41. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 42. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 43. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 44. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 45. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 46. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 47. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 48. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 49. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 50. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 51. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 52. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 53. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 54. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 55. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 56. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 57. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 58. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 59. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 60. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 61. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 62. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 63. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 64. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 65. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 66. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 67. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 68. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 69. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 70. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 71. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 72. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 73. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 74. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 75. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 76. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 77. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 78. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 79. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 80. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 81. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 82. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 83. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 84. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 85. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 86. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 87. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 88. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 89. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 90. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 91. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 92. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 93. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 94. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 95. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 96. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 97. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 98. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 99. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 100. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 101. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 102. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 103. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 104. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 105. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 106. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 107. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 108. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 109. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 110. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 111. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 112. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 113. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 114. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 115. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 116. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 117. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 118. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 119. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 120. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 121. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 122. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 123. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 124. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 125. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 126. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 127. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 128. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 129. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 130. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 131. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 132. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 133. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 134. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 135. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 136. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 137. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 138. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 139. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 140. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 141. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 142. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 143. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 144. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 145. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 146. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 147. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 148. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 149. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 150. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 151. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 152. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 153. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 154. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 155. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 156. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 157. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 158. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 159. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 160. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 161. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 162. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 163. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 164. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 165. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 166. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 167. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 168. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 169. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 170. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 171. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 172. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 173. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 174. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 175. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 176. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 177. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 178. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 179. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 180. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 181. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 182. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 183. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 184. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 185. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 186. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 187. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 188. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 189. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 190. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 191. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 192. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 193. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 194. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 195. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 196. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 197. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 198. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 199. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 200. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 201. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 202. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 203. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 204. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 205. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 206. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 207. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 208. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 209. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 210. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 211. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 212. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 213. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 214. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 215. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 216. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 217. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 218. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 219. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 220. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 221. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 222. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 223. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 224. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 225. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 226. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 227. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 228. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 229. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 230. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 231. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 232. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 233. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 234. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 235. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 236. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 237. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 238. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 239. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 240. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 241. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 242. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 243. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 244. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 245. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 246. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 247. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 248. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 249. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 250. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 251. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 252. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 253. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 254. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 255. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 256. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 257. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 258. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 259. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 260. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 261. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 262. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 263. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 264. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 265. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 266. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 267. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 268. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 269. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 270. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 271. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 272. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 273. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 274. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 275. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 276. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 277. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 278. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 279. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 280. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128. — 281. Bezirk: Städtischer Parteivorstand im Jugendheim Brandenburger Str. 128

Die Aussprache im Reichstag.

Parteierklärungen zum Regierungsprogramm.

Nach dem Genossen Breitscheid nahm in der gestrigen Reichstagsitzung als Sprecher der Deutschnationalen

Abg. Westarp

das Wort. Er führte aus:
Die Parteien haben sich über das Regierungsprogramm nicht einigen können. Das Fehlen der wirklichen Einigung wird die von Seoring erwarteten vierjährigen Ferien nicht gerade ruhevoll gestalten. Wir jedenfalls können nicht versprechen, daß wir diese Ruhe nicht stören werden. Wenn irgend etwas, so haben die letzten Koalitionserklärungen eindeutig gezeigt, daß unser jetziges Regierungssystem vollständig versagt. Es ist ungeeignet für positive Arbeit. Wir bestehen deshalb auf einer Verfassungsreform, deren Grundlinien Ihnen bekannt sind. Die jetzige Reichsregierung wird in uns einen entschlossenen Gegner finden, wenn sie die Aufgabe einer Reform anders zu lösen sucht als dadurch, daß die Grenzen zwischen Reich und Ländern klar abgesteckt werden und daß den Ländern Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit erhalten wird. Wie die jetzige Regierung der Schwierigkeiten bei dem Finanzausgleich Herr werden will, ist gar nicht abzusehen. Keine Reform wird die erhoffte Wirkung haben, wenn nicht die absolute Alleinherrschaft der Parteimehrheit beseitigt wird. Wir sind uns klar darüber, daß dieser Reichstag und diese Regierung auf unsere Vorschläge nicht eingehen werden. Aber das Verständnis für diese Reformen wird langsam auch über unsere Parteigrenzen hinaus wachsen.

Der Mitte sollte der Wahlausfall Anlaß geben, darüber nachzudenken, ob sie nicht leichter und für das Land besser mit uns als mit der Sozialdemokratie zu besseren Regierungsverhältnissen gelangen kann. Wir stehen hinsichtlich des Anwachstums der revolutionären Bewegung weder auf dem Standpunkt der ersten Jahre nach der Revolution. Die Regierungserklärung des Reichstages, die im Widerspruch zu allem steht, was die Sozialdemokratie sonst sagt, ist ein Höhepunkt auf die Höhe der Erklärung der Sozialdemokraten, daß sie die Führung übernehmen. Diese Erklärung sollte wie der Wahlausfall der preussischen Regierung zur Aufklärung der Bevölkerung amtlich verbreitet werden. Allerdings stehen wir der sozialdemokratischen Mauerung sehr mißtrauisch gegenüber.

Unser Mißtrauen gegen die Regierung ist durch die Erklärung des Kanzlers nur verstärkt. Es beruht trotz aller Verschleiervorkünfte auf der Tatsache, daß nach den gegebenen Machtverhältnissen überall der Einfluß der Sozialdemokratie in ihrem wahren Gesicht maßgebend sein wird.

Westarp geht auf die einzelnen Punkte der Regierungserklärung über und führt unter anderem aus: Weder die Reichswahlen in Frankreich, noch die Wahlen in Deutschland haben Frankreich geneigter gemacht, die Konsequenzen aus Locarno zu ziehen. Sollte die Regierung etwa neue Kompensationen für die Erfüllung des wahren Räumungsanspruches Deutschlands in den Kreis der Verhandlungen ziehen, so wird sie mit uns als ihrem entschlossenen Gegner rechnen müssen. Von einer wirklichen Gleichberechtigung Deutschlands wird erst dann die Rede sein können, wenn die Gegner amtlich die Bürde von der Alltagslast Deutschlands zurückgenommen haben, und ebenso wie Deutschland mit der Abrüstung Ernst machen. In Deutschland besteht eine Einheitsfront der Heberzeugung von der Unerfüllbarkeit der Reparationen. Diese Heberzeugung muß nach außen wirksam gemacht werden.

Innenpolitisch fordert Graf Westarp den Schutz des heimischen Binnenmarktes vor ausländischem Wettbewerb und eine neue Zollgesetzgebung, die sich der Steigerung der ausländischen Wettbewerbskraft, sowie der Schwächung und Vorausbildung der deutschen Wirtschaft anpaßt. Die Ein- und Ausfuhrverbote müssen aufrechterhalten werden. Das Einfuhrzollsystem sei auszubauen und die Handelsverträge, die der deutschen Gesamtwirtschaft schädlich sind, seien zu kündigen.

Scharf ist, so fährt Graf Westarp fort, der Gegensatz zwischen dem vom Reichskanzler vorgebrachten Agrarpolitik und dem Standpunkt, den seine Partei bisher eingenommen hat. Der Kanzler bekämpft sich zu der Politik und zum Rotprogramm Schiele's. Wir fordern, daß es auch wirklich in gleichem Sinne fortgeführt wird.

Die Regierungserklärung macht den Eindruck, daß das Kabinett nicht mit einer langen Dauer rechnet. Sie vermeidet peinlich die Worte „christlich“ und „national“. Ihre Neußerungen über das Schulgesetz sind leer und inhaltslos. Das ruft uns zu entschlossenem Kampf auf den Mon. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Perlittius (Zfr.)

gibt eine Erklärung ab, in der es heißt:
Die Zentrumsfraktion betrachtet die heutige Reichsregierung im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Neuwahlen. Die stark veränderten Mehrheitsverhältnisse im Reichstag haben den Weg für die Bildung einer der gesamtpolitischen Entwicklung Rechnung tragenden Regierung gewiesen. Demgemäß hat die Zentrumsfraktion nach den Wahlen sich für die Schaffung der Großen Koalition erklärt. Die vorliegende politische Gestaltung ist eine zeitliche Notlösung. Deshalb glaubt die Zentrumsfraktion, von einer abschließenden politischen Stellungnahme absehen zu müssen. Sie beschränkt sich darauf, ihre Haltung zum Wortlaut der Regierungserklärung zu präzisieren. Das Programm der Reichsregierung enthält in einem reichlichen Ausmaß Erwägungen und Vorschläge und stellt recht viele Prüfungen in Aussicht. Die Zukunft muß erweisen, was die Regierung von der Fülle der formulierten Aufgaben zu verwirklichen vermag.

Die Erklärung gibt dann den außenpolitischen Ausführungen der Regierungserklärung die ungeteilte Zustimmung und geht zum innenpolitischen Arbeitsprogramm über. Von den in Aussicht gestellten Sozialgesetzen heißt es, es müsse angehtens entstehender ag-

tatorischer Auswüchse im letzten Wahlkampf ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es sich um Vorklagen handle, die vom Reichsrat teils verabschiedet, teils dort zur Beratung stehen und deren Vorarbeiten in den beteiligten Ressorts abgeschlossen waren.

Wir wollen auch — heißt es in der Erklärung weiter — keine Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir einige Fragen des innerstaatlichen, wirtschaftlichen und geistig kulturellen Lebens, für deren Erörterung unsere im ersten Stadium der Verhandlungen über die Regierungsbildung gemachten Vorschläge grundlegende Anregungen gegeben haben, schärfer sehen, als sie in der Erklärung der Regierung zum Ausdruck gelangen.

Wir denken unter anderem an die Reform des geltenden Wahlsystems, Vorschläge zum Schutze des Mittelstandes und der Landwirtschaft, zur Weiterbildung des staatlichen Schutzes der Allgemeinheit gegenüber der Großindustrie in der Wirtschaft, an die Reichsschulgesetzgebung, an die positive Förderung der Familie. Indem wir die in der Regierungserklärung umschriebene Grundrichtung bejahen, möchten wir ergänzend auf folgendes hinweisen:

Es wird in den anschließenden Präzisionen unter anderem gesagt, daß die Förderung auf unermesslich notwendigen handelspolitischen Schutz der deutschen Landwirtschaft unsicher sei. Das vom letzten Reichstag beschlossene Hilfswort für die Landwirtschaft bedürfe eines weiteren Ausbaues. Großes Gewicht legt die Zentrumserklärung darauf, daß der Landwirtschaft der notwendige Schutz erhalten bleibt.

Weber die in der Regierungserklärung gekennzeichnete Einstellung den monopolistischen Organisationen gegenüber heißt es: „Die Regierungserklärung erweist stellenweise den Eindruck, als ob wir hier unmittelbar vor praktischen Erfolgen ständen. Eine genaue Prüfung des Wortlautes dagegen ist geeignet, dahingehende Erwartungen zu dämpfen, da sich die Sätze gegenseitig einschränken und aufheben.“

Weiter heißt es: Die Erklärungen der Regierung über ihr Steuerprogramm lassen zu unserer Beunruhigung erkennen, daß die demokratischen und sozialistischen Mitglieder des Reichskabinetts die Auffassung verlassen haben, auf Grund deren sie den letzten Etat ablehnten. Wir verzeichnen diese erfreuliche Tatsache.

Weiter wird der Wunsch nach einer grundlegenden gründlichen Entloftung der Auslandskulturpolitik von Reich wegen geäußert. In der Schlußfrage läßt die Zentrumserklärung an, daß das Zentrum bei Vorlage eines Reichsschulgesetzes seinen Standpunkt noch einmal näher darlegen werde. Neben den unveräußerlichen Menschenrechten und Familienrechten müßten auch die Rechte der Religionsgesellschaften berücksichtigt werden. Zum Schutze und zur Förderung der Familie wünscht das Zentrum, daß unverzüglich in eine ernstliche Prüfung des Planes der Schaffung einer Elternhaftpflichtversicherung auf der Grundlage der Verantwortung der Familien und des gesamten Volkes eingegangen werde: „Der Schutz des Familienlebens schließt nach unserer Überzeugung mehr in sich als eine bloße wirtschaftliche und wohnungspolitische Erstversorgung. Neben sie muß die positive Arbeit der staatlichen Gesetzgebung für die Erhaltung der geistigen und sittlichen Grundlagen unseres Volkslebens und ein geistig kultureller Jugendschutz gesetzt werden.“

Die Verächtlichmachung der Ehe und die Würde der Mutter-schaft in Wort und Bild, Erleichterung der Ehescheidung und weitere Abschwächung der Strafbestimmungen gegen Verbrecher stehen in schärfstem Widerspruch zu dem auch in der Weimarer Verfassung hoch gewerteten Familiengedanken. Die Zentrumsfraktion wird mit aller verfügbaren Kraft alles abweisen, was zerstörend wirken, und alle gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen fördern, die der Erhaltung der tiefsten Volksgrundlagen tunlich sein können.

Die Erklärung schließt: Indem die Zentrumsfraktion die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis nimmt, erwartet sie von ihr, daß sie in die Bearbeitung ihres Programms eintritt. Die Zentrumsfraktion will hierbei, ihrer staatspolitischen Tradition entsprechend, ihre Mitarbeit nicht verlagern, behält sich jedoch im einzelnen ihre Stellungnahme vor.

Abg. Ewert-Thüringen (Komm.)

Die erste Tat dieser Regierung war eine Kohlenpreiserhöhung. Die Regierungserklärung ist nichts weiter als eine Fortsetzung des Bürgerblocks (Sehr wahr! bei den Komm.). Die Wahl-niederlage des Bürgerblocks wird in einen Sieg der Bourgeoisie verwandelt. Die Aufgabe dieser Koalition ist es, die Entwicklung der großen Massen anzuhalten. Wenn wir Kommunisten nicht in die Regierung eintreten, so deshalb, weil die kommunistische Partei diesem Staat und seiner Politik ganz und gar ablehnend gegenübersteht. Die Sozialdemokratie hat den Achtstundentag preisgegeben. Der jetzige Arbeitsminister Wille ist schon als Schlichter ein Streikabwürger gewesen, wie das ganze staatliche Schlichtungswesen nichts als eine Aufhebung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist. Vom Ausbau des Mieterschutzes, von einer Erhöhung der Sozialrenten, vom Panzerkreuzer steht kein Wort in der Regierungserklärung. Die Außenpolitik Stresemanns hat das einzige Bestreben, einen englisch-französisch-deutschen Block gegen die Sowjetunion zu schaffen. Die Periode der Kriege ist noch nicht abgeschlossen. Es bereiten sich gewaltige neue Kriege vor. Wir stehen im entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus und für die Revolutionierung der Massen gegen die Bourgeoisie. Auch diese Koalitionsregierung wird in diesem Klassenkampf zertrümmert werden. Die Arbeiter werden nicht der Sozialdemokratie, sondern uns folgen, die sie allein aus dem Chaos herausführen können. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Dr. Scholz (Zpt.)

benämngelt, daß im Regierungsprogramm nicht die Frage der internationalen Schuldentilgung im Zusammenhang mit den Repara-

tionen in die Mitte gestellt worden ist, und wünscht in dieser Frage von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken eine Einheitsfront. Auch das Problem der Verwaltungsvereinfachung sei in der Regierungserklärung zu kurz gekommen. Das Verhältnis Preußens zum Reich sei der Schlüssel dieser ganzen Frage; deshalb bleibe für die Volkspartei auch in Zukunft die Forderung der gleichmäßigen Regierungsbildung im Reich und in Preußen die Grundlage für die Entscheidung. Wünschenswert sei eine Verminderung des Reichsministeriums auf ein sieben- oder achtköpfiges Kabinett. Hinsichtlich des Finanzausgleiches sei die Volkspartei Anhänger des dezentralisierten Einheitsstaates, indem den Ländern und Gemeinden die Verantwortung für ihre Finanzgebarung zurückgegeben werde. Das Recht der selbstverantwortlichen Einzelpersonlichkeit müsse wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden. Wie stehe es damit aber in einer Zeit, in der das Uebermaß von Besteuerung gerade den selbstverantwortlichen Personlichkeiten der Wirtschaft die Hälfte oder gar drei Viertel ihres Einkommens wegnimmt und in der eine überspannte Sozialpolitik den Menschen von der Wiege bis zur Bahre von jeder Verantwortlichkeit befreie? In der Betrachtung der Regierungserklärung stelle die Volkspartei bewußt alle Einzelfragen zurück. Bemerkenswert sei, daß die Regierungserklärung in bezug auf die Landwirtschaft stärker, eindringlicher und umfangreicher als irgendeine der früheren Regierungserklärungen, selbst die Erklärungen der Deutschnationalen, gewesen sei. (Heiterkeit und Zustimmung.) Hinsichtlich einer Senkung der Zölle müsse die Volkspartei verlangen, daß die wirtschaftlich stärkeren Staaten mit gutem Beispiel vorangehen. Redner verweist dann auf die Steueranträge, die seine Fraktion eingebracht hat und schließt mit einem Appell an weite Kreise der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes sowie des Mittelstandes, es sich einmal zu überlegen, ob nicht besser als untätige und negative Kritik eine positive Anteilnahme an der Regierung sei. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Es zeige sich, daß die bürgerlichen Elemente bei der Regierungserklärung nicht ohne Nutzen gewesen seien. Im übrigen müsse man die Taten der Regierung abwarten, ehe man urteile. Die Volkspartei stehe auf dem Standpunkt, daß diese Regierung keine Koalitionsregierung sei. Man werde sich das Recht auf Kritik nicht nehmen lassen, aber eine aufbauende Kritik betreiben. (Beifall.)

Abg. Dr. Haas-Baden (Dem.)

benämngelt die Art der Regierungsneubildung. Der Reichskanzler müsse sich seine Minister selbst suchen, und das neue Kabinett müsse mit einem ausgearbeiteten Programm vor den Reichstag treten, nach dem die Parteien dann ihre Entscheidung treffen könnten. Der Streit, ob es sich um eine Koalitionsregierung, eine Regierung ohne parteimäßige Bindung, ein Kabinett der Persönlichkeiten oder ein Fachministerium handle, sei unnützlich. Die Parteien, die durch Mitglieder im Kabinett vertreten seien, könnten sich an der Verantwortung nicht vorbeidrücken. Die demokratische Partei jedenfalls stehe zu dieser Regierung und bunte ihr dafür, daß sie klar zum Ausdruck bringe, für den Mittelstand und die Bauernschaft Sorge tragen zu wollen. Die Demokraten hätten dabei den Wunsch, daß vor allem mit größter Beschleunigung das steuerliche Unrecht gegen die Bauern beseitigt wird, die heute oft mehr Einkommensteuer zahlen müssen als die Großgrundbesitzer. Graf Westarp habe kein Wort gegen die Republik gesagt. Das stelle er ohne jeden Spott fest. Wir erwarten, so schließt der Redner, daß diese Regierung unsere demokratischen, republikanischen und sozialen Wünsche fördern wird, und wir stehen mit unserem Vertrauen hinter der Regierung. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Drewitz (Wirtschaftspartei)

Trotz wesentlicher Lücken ist die programmatische Erklärung der Reichsregierung innenpolitisch die erste seit dem Umsturz, mit der sich der Hiesmärtlerlichst behandelte Teil des deutschen Volkes, der Mittelstand, einverstanden erklären könnte, wenn nicht gerade dasjenige, worüber die Erklärung schweigt, der inländische Protektionismus und der Abbau der Zwangs- und Planwirtschaft, einen wesentlichen Faktor der Gelundung ausmache. Redner benämngelt, daß die Wirtschaftspartei, obwohl sie zur Übernahme der Verantwortung bereit gewesen sei und dem Kanzler wünschgemäß ihre Bedingungen, die zum Teil im jetzigen Regierungsprogramm enthalten seien, mündlich und schriftlich gegeben habe, weiter nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen worden sei. Die Wirtschaftspartei werde abwarten, bis man die praktische Arbeit der Regierung beurteilen könne.

Abg. Leicht (Bayerische Volkspartei)

gibt eine kurze Erklärung ab, nach der seine Fraktion die neue Regierung nicht als Koalitionsregierung betrachtet und ihre Haltung davon abhängig macht, welche Berücksichtigung die kulturellen, staatspolitischen und wirtschaftlichen Forderungen der Bayerischen Volkspartei finden werden.

Abg. Döberich (Christl.-Nat. Bauernpartei) erklärt, daß seine Fraktion der Regierung mit wenig Vertrauen gegenüberstehe. Seine Partei fordere vor allem eine bessere Berücksichtigung der Berufsstände und Schaffung eines berufsständigen Parlaments.

Die Besprechung der Regierungserklärung wird abgebrochen und das Haus auf Donnerstag, 12 Uhr, verlagert, nachdem nicht Klarheit darüber geschaffen werden konnte, ob ein nationalsozialistischer Vertrauensantrag für die Regierung, der von der Partei selbst abgelehnt werden würde, zulässig ist oder nicht. Der Aeltestenrat wird sich mit der Angelegenheit befassen.

Heute, 12 Uhr, Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung. Schluß 5 1/2 Uhr.



Erdbeeren mit Maizena!

Maizena-Flammerl mit Erdbeeren
2 Pfd. Garten-Erdbeeren werden mit etwas Zucker und wenig kaltem Wasser, in das man 1 Teelöffel Maizena auflöst, leicht aufgekocht. 120 Gr. „Maizena“ wird in kalter Milch gelöst und mit Zucker und Vanille durchgekocht. Dann mischt man die Maizena-Masse mit den Erdbeeren, von denen vorher die Sauce abgeseiht wird, läßt die Speise in ausgespülter Form erkalten und serviert mit der Erdbeer-Sauce.

Billigeren Kredit.

Halbjahreschluß der Reichsbank und Diskontermäßigung.

Die seit dem Frühjahr zum mindesten nicht mehr ansteigende Konjunktur rechtfertigt alle Überlegungen, durch welche Mittel die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands gefördert werden kann. Eines der vornehmsten Mittel dazu, wenn die Verhältnisse es erlauben, ist die Verbilligung des Kredites, wie sie durch die Senkung des Reichsbankdiskonts erfolgen kann. Die Entwicklung der Reichsbank seit der ersten Diskontenerhöhung im Juni auf 6 Proz. und der zweiten auf 7 Proz. im Oktober vorigen Jahres, legt im Zusammenhang mit dem Reichsbankausweis zum Halbjahreschluß den Gedanken nahe, daß die Zeit zur Kreditverbilligung durch eine Diskontermäßigung allmählich gekommen ist.

Die Inanspruchnahme der Reichsbank in der Woche zum 30. Juni, der Ultimowochende des ersten halben Jahres, war an sich beträchtlich. Banken und Wirtschaft haben 728 Millionen Mark neue Kredite verlangt, wovon 616 Millionen auf Wechselkredite und 111 Millionen auf Lombarddarlehen entfielen. Dennoch ist diese Inanspruchnahme neuer Kredite bei der Reichsbank, wenn man die langsamere gewordene Zahlungsweise in der Wirtschaft und die Kreditinanspruchnahme in früheren Zeiten der Hochkonjunktur berücksichtigt, keineswegs sehr groß. Die Zunahme der Wechselbestände Ende Juni mit 616 Millionen wurde Ende März noch um 108 Millionen und Ende Dezember noch um 96 Millionen Mark übertroffen. Der Wechselbestand der Reichsbank war Ende Juni 1928 mit 2477 Millionen niedriger als Ende Juni 1927 (2495 Millionen), obwohl ein Jahr der allerstärksten Hochkonjunktur dazwischen liegt. Die im Juni und Oktober 1927 vorgenommenen Diskontenerhöhungen haben also während der Hochkonjunktur ihre Aufgabe, die Wirtschaftstätigkeit sich nicht überheben zu lassen, voll erfüllt.

Ende Dez. 26		Juni 27		Dez. 27		April		Mai		Juni 28	
(in Millionen Mark)											
Noten und Schulden:											
Banknotenumlauf	3 735	3 815	4 564	4 409	4 487	4 674					
Reichsbankgelder	1 164	1 017	716	600	556	578					
Giroeinlag. d. Wirtschaft	648	669	779	558	581	525					
Kredite an die Wirtschaft:											
Lombardkredite	84	147	78	108	48	138					
Wechselkredite	1 829	2 495	3 120	2 493	2 469	2 477					
Rotenddeckung:											
durch Gold	1 831	1 803	1 865	2 041	2 041	2 084					
durch Devisen	519	67	282	168	274	250					
durch Gold u. Devis. zu	2 350	1 870	2 147	2 209	2 315	2 334					
Deckungsverhältnis:											
(in Prozenten)											
für Noten durch Gold											
und Devisen	62,9	49,0	47,0	50,1	51,6	49,9					

Da seit dem Frühjahr dieses Jahres bereits die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland nachläßt, mit großer Wahrscheinlichkeit infolgedessen innerhalb der nächsten 14 Tage wieder ein sehr starker Rückgang der Kreditinanspruchnahme bei der Reichsbank erfolgen wird, besteht kein Zweifel, daß beim Eintreten dieses Rückganges die teuren Zinsen der Reichsbank von heute herab zu senken. Es kommt hinzu, daß das durchschnittliche Zinsniveau auf dem freien Geldmarkt, wenn man die Diskontunterschiede gegenüber dem Vorjahre berücksichtigt, heute re-

lativ bedeutend niedriger ist als im vorigen Jahre. Die auf dem Geldmarkt herrschenden Tendenzen sind also ebenfalls einer Diskontermäßigung günstig.

Der deutsche Kapitalmarkt freilich ist noch wenig erregt. Aber da Deutschland, wie der kürzlich veröffentlichte Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft mit Recht hervorzuheben hat, auf Jahre hinaus an einer inneren Kapitalmarktklemme leiden muß, können die Verhältnisse auf dem inländischen Kapitalmarkt für die Diskontpolitik der Reichsbank nicht maßgebend sein. Auf der anderen Seite bestehen gar keinerlei Bedenken für den Fall, daß nach erfolgter Diskontermäßigung die Nachfrage nach den billigeren Krediten sich verstärken würde. Das wäre ja die konjunkturpolitische Absicht einer Diskontermäßigung. Diese Bedenken sind deshalb nicht berechtigt, weil die Bedienung der im Verkehr befindlichen Reichsbanknoten durch die sehr beträchtliche Erweiterung der Gold- und Devisenbestände seit der letzten Diskontenerhöhung einen größeren Spielraum zur Notenausgabe läßt, als das vor einem Jahre, in der Zeit der Hochkonjunktur, der Fall war.

Monat	Zu- oder Abnahme (um Mill. M.)							
	Ende der				Ende der			
	1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche
1927 Juni	-83	-17	-221	-261	-99	-7	-477	+125
„ Juli	-117	-75	-81	+45	+52	-91	-224	-42
„ August	-155	-34	-163	-17	-101	-21	-569	-42
„ September	-163	-40	-206	-37	-55	-26	-510	-118
„ Oktober	-142	-90	-171	-31	+3	-68	-367	+14
„ November	-414	-14	-221	-10	-32	-15	-367	+59
„ Dezember	-91	-44	-122	-16	+146	-14	-712	+34
1928 Januar	-493	-55	-305	-10	-253	-10	-295	-68
„ Februar	-129	-68	-280	-36	-39	-36	-412	+95
„ März	-75	-66	-260	-40	-73	-60	-724	+54
„ April	-51	-9	-352	-36	-213	-4	-457	-67
„ Mai	-213	-64	-294	-20	+49	-32	-334	+16
„ Juni	-231	-21	-313	+56	-64	-51	-616	+111

Die Diskontpolitik der Reichsbank ist dazu da, die Konjunktur zu beeinflussen. Als im vorigen Jahr die Konjunktur sehr scharf aufwärts zeigte, ging die Reichsbank mit ihrem Diskontloz während vier Monaten zweimal hinauf. Jetzt, wo die Konjunktur deutlich nachläßt, und wahrscheinlich deshalb sich abschwächt, weil die Kapitalfluten in Deutschland zu hoch sind, ist es an der Zeit, dieser Lage Rechnung zu tragen. Das kann um so mehr geschehen, als die Reichsbank, ohne die Sicherheit der deutschen Kreditwirtschaft im mindesten zu gefährden, die Mittel dazu hat.

Auch auf die ausländische Kapitalzufuhr kann eine Senkung des deutschen Diskontsatzes nur verbilligend wirken, und darüber braucht man sich sicher keine Gedanken zu machen, daß der Zustrom ausländischer Gelder deshalb nachlassen würde, weil vielleicht eine etwas niedrigere Verzinsung die Folge wäre. Alle Nachteile daraus würde eine Kreditverbilligung in Deutschland durch die zu erwartende Belebung der Wirtschaft und die stärkere Kapitalbildung reichlich wett machen.

Landbund liquidiert die Genossenschaften

Der Reichslandbund hat offenbar von seinen landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren zahlreiche Pleiten ihn in Bauernkreisen schon sehr viel Unsehen gekostet haben, die Rufe soll. So wird man eine Nachricht verstehen müssen, die wir erst für unwahrscheinlich hielten, die sich aber bewahrheitet. Der Reichslandbund verhandelt nämlich mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — neben Raiffeisen der größte Verband — über die Angliederung sämtlicher vom Reichslandbund aufgelegenen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der Reichslandbund will einen Genossenschaftsverband, seine Zentralkasse und seine Warenanstalt liquidieren und nach dem Anschluß seiner Einzelgenossenschaften an die Provinzial- und Landesverbände des Reichsverbandes sich auf seine „großen wirtschaftspolitischen Aufgaben“ beschränken.

Man muß in der Tat annehmen, daß es politische Gründe und keineswegs Rationalisierungsabsichten im Rahmen des öffentlichen Rotprogramms für die Landwirtschaft sind, die den Reichslandbund zu dieser äußerlich so fortschrittlich anmutenden Geste veranlassen. Die Niederlage der Deutschnationalen im letzten Wahlkampf war die Niederlage des Reichslandbundes, und diese selbst erklärt sich zum größten Teil aus dem moralischen Bankrott, den die wirtschaftlichen Unternehmungen des Reichslandbundes in den Augen der Landbauernmitglieder erfahren. Die führenden Landbundräten verlassen mit anderen Worten ein Schiff, das durch ihre Unfähigkeit fest geworden ist, um sich mit um so größerer Energie in der Zukunft nur noch der politisch-demagogischen Bearbeitung der deutschen Landbevölkerung hinzugeben. So wird man die „großen wirtschafts-

politischen Aufgaben“ wohl zu verstehen haben, auf die sich der Reichslandbund in der Zukunft beschränken will.

Einen eigenen Laden aufgemacht.

Eine feudale Großagrariergenossenschaft verschafft sich Auslandsanleihen.

Es liegen Meldungen vor: über eine merkwürdige Anleihe, die in den nächsten Tagen auf dem Londoner Kapitalmarkt aufgelegt werden soll. Es handelt sich um eine Anleihe von 1½ Millionen Pfund Sterling — das sind rund 30 Millionen Mark —, die 25 Jahre laufen soll, jährlich 6½ Proz. Zinsen kostet, vom sechsten Jahre ab mit jährlich 1 Proz. zu tilgen ist und mit 92½ Proz. zur Zeichnung aufgelegt wird. Diese 1½ Millionen Pfund sind aber erst ein Teilbetrag der Gesamtanleihe; es soll in nächster Zeit der zweite Teil der Anleihe mit mindestens 3 Millionen Pfund Sterling oder 60 Millionen Mark ebenfalls in London zur Zeichnung aufgelegt werden.

Bemerkenswert ist der Empfängerkreis dieser Anleihe. Es handelt sich um die „Kreditgenossenschaft deutscher Bauern“, eine aus 430 Großlandwirten bestehende Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung, die über rund 300 000 Morgen Land verfügt, so daß auf jeden der Genossen nicht viel weniger als rund 1000 Morgen Land entfallen. Im Aufsichtsrat der Genossenschaft sitzen neben hohen adeligen Beamten a. D. und einem Generalsmajor a. D. Großgrundbesitzer in der Hauptsache aus dem östlichen Deutschland. Der Bodenwert der in der Genossenschaft zusammengefaßten 300 000 Morgen ist auf 80 Millionen Mark geschätzt. Die im Ausland aufzunehmenden Anleihen betragen rund 90 Millionen Mark.

Es ist begreiflich, daß nach den Mitteilungen der „Konjunkturkorrespondenz“ dieses selbständige Vorgehen der zur zur Kreditbeschaffung gegründeten Großagrariergenossenschaft Befürworter hat. Einmal wegen der unbeschränkten Haftung der Mitglieder, sodann weil eine Kontrolle der Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit der einzelnen Großbetriebe kaum möglich ist. Da die landwirtschaftlichen Spitzenverbände die Kreditpläne dieser Genossenschaft abgelehnt haben, sei anzunehmen, daß ein erheblicher Teil der Betriebe bei der Befürwortung der gewünschten Kredite bisher schon Schwierigkeiten hatte. Für die Gesamtheit der Genossenschaftsmitglieder entstehe die Gefahr, bei der im Gange befindlichen Umschuldungsaktion des Reiches und der Länderregierungen ausgeschlossen zu werden, weil bei der mangelnden Kontrollmöglichkeit der einzelnen beteiligten Betriebe auch die Kreditwürdigkeit der Gesamtheit der Genossen Schaden leiden könne. Dazu kommt, daß die im „Reichsanzeiger“ vom 30. Juni veröffentlichte Bilanz der Kreditgenossenschaft deutscher Landwirte bereits einen Verlust aufzuweisen hat.

Es ist gewiß jede Kapitalbeschaffung zu begrüßen, besonders wenn sie nicht zu teuer wird, die die Umschuldungsaktion in der Landwirtschaft und eine wirkungsvolle Milderung der Finanzkrisis tatsächlich fördert. Es wäre aber in allerhöchsten Grade bedauerlich, wenn das selbständige Vorgehen einer kleiner Gruppe von Grundbesitzern auf dem ausländischen Kapitalmarkt infolge der ungenügenden Selbstkontrolle der Beteiligten zur Schädigung des Kredits der gesamten Landwirtschaft im Ausland führen würde. Aus diesem Grunde dürfte die Londoner Anleihe der Kreditgenossenschaft deutscher Landwirte auch das Interesse der an der allgemeinen Umschuldungsaktion beteiligten Reichs- und Länderbehörden in besonderem Maße hervorrufen, und ein Eingreifen dürfte zweckmäßig sein, bevor ein Schaden entstehen kann.

Der französische Wohnungsbauplan Gesetz.

Die französische Deputiertenkammer hat nach einer vollen Tages- und Nachtsitzung das von dem Industriellen und derzeitigen Arbeitsminister Loucheur vorgeschlagene Wohnungsbaugesetz mit 580 Stimmen einstimmig angenommen. Als wichtigste Änderung wurde eine scharfe staatliche Kontrolle über die Verwendung der Gelder vorgezogen. Es handelt sich bekanntlich um den Bau von 200 000 Klein- und 60 000 mittleren Wohnungen, für die insgesamt 11 Milliarden Franken oder mehr als 1,8 Milliarden Mark aufgewendet werden sollen.

Glänzender Kaliabfah.

1 Million Doppelzentner im Juni.

Der Abfah des Deutschen Kalifondats G. m. b. H. im Juni 1928 betrug 999 489 Doppelzentner Kalifond gegen 829 198 Doppelzentner Kalifond im gleichen Monat des Vorjahres. Der Abfah in den ersten zwei Monaten (Mai und Juni) des laufenden Düngejahres beträgt 1 637 149 Doppelzentner Kalifond gegen 1 259 679 Doppelzentner Kalifond in den ersten zwei Monaten des Düngejahres 1927/28. Der Abfah im ersten Halbjahre 1928 beträgt 8 030 977 Doppelzentner Kalifond gegen 7 149 405 Doppelzentner Kalifond in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Arbeitsmarkt im Reich.

In der Woche zum 30. Juni hat nach den Berichten der Landesarbeitsämter die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt fortgedauert. Eine Gesamtschau der Zu- und Abgänge von Arbeitslosen ist durch die außerordentlich starke Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt noch nicht möglich. Doch hat sich wohl eine weitere schwache Verbesserung des Beschäftigungsgrades durchgesetzt. Die Väter Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Mitteldeutschland, Sachsen, Niederachsen, Hessen und Südwestdeutschland melden einen weiteren geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Zu den Bezirken mit ansteigender Arbeitslosigkeit gehörte in der Woche zum 30. Juni auch die Nordmark.

Ein Syndikat für polnische Schweineausfuhr.

Aus Beratungen des Warschauer Exportinstituts mit beteiligten Wirtschaftskreisen ist der Plan hervorgegangen, ein Syndikat für den polnischen Schweineexport zu errichten. Die Sicherung der unbefriedigenden Schweineexportverhältnisse Polens sowie die Förderung der Schweinezucht und Schweinehaltung überhaupt sind die speziellen Aufgaben der neuen Schweineausfuhrstelle. Zusammenarbeit mit den maßgebenden Verbänden und dauernde Fühlung mit dem polnischen Landwirtschaftsministerium sind beabsichtigt. Die Errichtung des Syndikats soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Man dürfte es bei dieser Gesellschaft zunächst mit zwei ähnlichen Einrichtungen zu tun haben, wie sie kürzlich in Deutschland zur Beobachtung und Organisation der Vieh- und Fleischmarktverhältnisse geschaffen wurden. Um ein Syndikat mit aktiver regulierenden Funktionen dürfte es sich nach dieser Meldung kaum handeln.

Eine Viertelmillion Reingewinn weist für ihr zweites Geschäftsjahr die Berliner Ford Motor Co. V. G. auf, in der die amerikanische Fordgesellschaft mit den eingeführten Bauteilen ihre Fordcars montiert. Im Verhältnis zum Aktienkapital von 2 Millionen Mark würde der Reingewinn einer reichlich zehnprozentigen Dividende entsprechen.



Ganz außer Gefahr

Ist Ihr Eingemachtes, denn ein Verderben durch Schimmel oder Gärung ist ausgeschlossen, wenn Sie

Dr. Oetker's Einmach-Hülfe

gebrauchen. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren. — 1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmach-Hülfe für 7 Pfennig genügt, um 10 Pfund eingemachte Früchte, Marmelade, Gelee, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu

machen. — Die Gebrauchsanweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt! Dr. Oetker's Einmach-Rezepte erhalten Sie kostenlos in dem einschlägigen Geschäften. Verlangen Sie ebendasselbst das neue farbige illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F für 15 Pfennig, das Ihnen eine Fülle von Anregungen zum Backen und zur Bereitung von Süßspeisen bietet. Falls das Buch nicht vorrätig, ist es gegen Einsendung von Marken von mir direkt zu beziehen.

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Der bürgerliche Botan.

Von Jonathan.

Chernes Geseh der Oper: um gute Musik zu hören, muß man einen unsinnigen Text in Kauf nehmen. Wagner wollte Abhilfe schaffen und dichtete seine Musikdramen selber. War es ein Fortschritt? Ach nehme als Beispiel das „Rheingold“. Auf der Bühne stehen Götter, Riesen und Zwerge. Aber was geht vor? Eine ziemlich alltägliche Geschichte aus Berlin W. Gestatten Sie, daß ich die Handlung schildere.

Der Bauunternehmer Botan, Spekulant mit Aesthetenallüren, hat sich von seinem Rechtsanwalt Loge beschwören lassen, für seinen Predigerdorf eine schloßartige Brunstvilla mit dem prägnanten Namen „Walhalla“ zu errichten. Großmannsjudt und Kreditinteresse haben Botan zu diesem leichtsinnigen Unternehmungsverleitet, für das ihm die baren Mittel gänzlich fehlen. Auch Frau Frieda Botan ist für den Bau Feuer und Flamme gewesen, da Rechtsanwalt Loge ihr den Fioh ins Ohr gefetzt hatte, daß die leider häufige eheliche Untreue des Gatten Botan sich legen würde, sobald sie trauliches Heira den Blätterhagen an seine Familie fesselt. Die Bauframa Fajner und Fajolt war vertrauensvoll genug, den Bauauftrag auf Kredit zu übernehmen.

Nun ist der Prachtbau vollendet, aber auch die von Botan ausgestellten Wechsel sind fällig. Die Firma Fajner und Fajolt drängt auf Bezahlung. Ihre beiden Chefs, Raurarmmeister von rauhen Manieren, jedoch aber mit ihrer Empörung durchaus im Recht, wollen nach fruchtlosem Mahnen zur Zwangsversteigerung schreiben. Besonders fatal für Familie Botan wird die Situation, weil Botan die Wechsel auch von seiner Schwägerin Freia hat mitunterschieben lassen. Von Freias in einer Obstplantage angelegtem Beswögen hat bisher die gesamte Familie Botan, einschließlich der Schwäger Donner und Frob, gelebt. Kommt der Obstgarten zur Zwangsversteigerung, so muß die gesamte Familie buchstäblich verhungern, da Arbeiten für sie natürlich nicht standesgemäß ist.

Botan ist in größter Verlegenheit. Er hatte sich auf seinen Rechtsanwalt Loge verlassen, der ihn mit bewährten juristischen Pfeifen und Säulchen von seiner Zahlungsverbindlichkeit loszusprechen versprach. Aber durch die übliche Lawerei zwischen den drei Berliner Landgerichten I, II und III hat Rechtsanwalt Loge sich veripäet. Um Zeit zu gewinnen, macht Botan die dümmsten Ausflüchte, er stellt sich gedächtnisschwach, aber die vorgetriebenen Wechsel strafen ihn tüchtig. Ein Versuch der Schwäger Donner und Frob, die lästigen Gläubiger mit Gewalt vor die Tür zu setzen, scheitert an der Strenge des Wechselrechts.

Endlich — im Augenblick höchster Not, kreist Rechtsanwalt Loge ein. Mit zynischer Unbarmherzigkeit macht er zunächst seinen Klienten klar, daß er ihm nur seinen Rat, aber nicht den Erfolg des Rats rechtsverbindlich zugesagt habe. Dann jedoch erweist er einen ausgelassenen Zahlungsplan. Er teilt der aufstöhnenden Gesellschaft mit, daß der Bergwerks- und Hüttenbesitzer, Generaldirektor Alberich, im Begriff sei, einen wirtschaftsumspannenden Konzern aufzustellen, der die Vernichtung aller selbständigen Existenzen bedeute. Das Kapital zur Schaffung seines Konzerns hat Alberich selber auf sehr trübe Weise ergaunert, indem er den drei Löhliern des verstorbenen Schiffbauers Rhein ihr väterliches Erbe abzwand. Ursprünglich hatte Generaldirektor Alberich sich mit dem Gedanken getragen, eine der drei Schwestern Rhein zu heiraten. Wegen seines buchstäblichen, zwerghaften Wuchses unter hohen abgewiesenen, jedoch Generaldirektor Alberich Rache. Im Zorn verändelter Werbung leistete er den Eid, auf immer der Liebe zu entsagen, wobei der Bittstus sich allerdings die Lust (also der Liebe besserer Teil) auch für die Zukunft vorbehielt. Durch Ausnutzung der Inflationsperiode und der geschäftlichen Naivität der Schwestern Rhein war dann der Raub des Vermögens für ihn ein Kinderpiel.

Rechtsanwalt Loge schlägt nun Botan vor, dem reichen Alberich sein Geld durch räuberische Erpressung zu entreißen. Freudig gehen Botan und seine laubere Familie auf dieses Vändchen ein, auch die Bauunternehmer Fajner und Fajolt zeigen sich sehr für dieses Geschäft interessiert, denn sie hoffen, dadurch zu ihrem Gelde zu kommen. Um Botan noch mehr zu animieren, erwirkt sie durch einseitige Verfügung die Beschlagnahme von Freias Obstgärten.

Der Erpresserplan gelingt mit Hilfe von Alberichs Proturisten Rimer, einem entfernten Verwandten, der für schätziges Gehalt Alberich wichtigste Arbeiten leisten muß. Ueberhaupt hat Generaldirektor Alberich, der Typ des modernen Kapitalisten, sich durch brutale Preussenschinderer bei seinen Angestellten und Arbeitern so verhaßt gemacht, daß er von ihnen Hilfe nicht erwarten darf. Allerdings hat er sich auch als tüchtiger Kapitalist gezeigt. Während die geschäftsuntüchtigen Schwestern Rhein mit dem hinterlassenen Hort ihres Vaters nichts anzufangen wußten, als ihn im Sparstempel aufzuheben, hat Alberich durch raffinierte Anwendung des Tailorsystems und der Rationalisierung das Geld in Mehrwert bedendes Kapital umgewandelt, das ihm immer neue Dividenden und Tantiemen zuströmen läßt. Nun aber zwingen ihn die Erpresser Botan und Loge mit vorgehaltenem Revolver den Geldschrank aufzuschließen. Stutzend muß Alberich ein Aktienpaket nach dem anderen herausrüden, nach langem vergeblichen Sträuben auch die mit seinem Augapfel gehüteten „Mineralien“, die Schug- und Stammaktien seines Konzerns. Ohnmächtig windet er sich in der Hand seiner Zwinger wie Stinnes Erden unter der Pranke der DeBanken. Der Konzern tracht zusammen. Als ein Bittler schreit Generaldirektor Alberich davon, gräßlich seine Erpresserleute verfluchend.

Bauunternehmer Botan denkt natürlich nicht daran, den Schwastern Rhein ihr gestohlenen Gut zurückzugeben. Die Gammernenden und Klagenenden läßt er durch Rechtsanwalt Loge mit Nuttgenm hoch aus seinem Vorgänger hinaustomplimentieren. Nicht die kleinste Aufwertung gewährt er diesen Inflationsoptionen, denn Botan will das gewonnene Geld in seine eigene Spekulation stecken. Aber zu seinem großen Bedauern gelingt ihm das nicht, denn vorerst müssen die Bauunternehmer Fajner und Fajolt befriedigt werden. Bei der Teilung kommt es zwischen Fajner und Fajolt zu schweren Sozietätsstreitigkeiten: der brutale Fajner brandet sie, indem er seinen Sozias Fajolt über den Haufen schlägt. Die Familie Botan schaut diesem Streik gelassen zu, denn inzwischen ist der beschlagnahmte Obstgarten Freias freigegeben, von den Türen der Villa sind die blauen Siegel des Gerichtsvollziehers entfernt. Unter dem schmetternden „Lala-lala“ ihrer Autohupen und dem

Im Eis von Grönland.

Geschichte einer Seehundjagd.

Die jah abstürzende schottische Küste war verschauuden, und die mächtigen, langrollenden Wogen des Atlantik hatten uns auf ihren Rücken genommen, lebden wir die enge Durchfahrt des Fentland Firth gequert hatten.

Das schöne Wetter der ersten Tage hatte sich allmählich geändert. Pfeifend fuhr der Wind durchs Tafelwerk, und die langen Eeen, die uns bisher so geduldig über ihre gewaltigen Rücken hatten hinüberschauteln lassen, waren nun wild aufbäumende Riesen geworden, die zornig über das Vorschiff herüberlangten und mit wuchtigem Schlag auf Deck niedertrachteten.

Wie eine Kugel lag der Schiffsjunge, wenn er nicht gerade am Ruder stand oder sonst irgendwo zu tun hatte, um eine der Buntzen, die den Maschinenraum mit frischer Luft zu versorgen haben, herumgerollt auf dem „Dom“, dem niedrigen Aufbau, der sich über der Maschine über Deck erhebt. Der arme Teufel, der zum erstenmal auf See fuhr, war das traurige Opfer dieser wilden Tanageret. Und wie er seufzend so um die wenigen warmen Plättchen auf Deck herumwühlte, konnte nur ganz abgehärteter Seemannshumor das Herz haben, ihn zu allem Dummer noch durch Späße, wie das Aufstülpen eines in Del getauchten Zylinders oder ähnliche Kunst, zu erheitern.

Südlich von Islands Westküste waren wir vorbei; nun mußte bald Kap Farwell auftauchen, die Südspitze der gebirgsreichen Insel, die leben zu können, so lange schon einer meiner heißesten Wünsche gewesen war.

Gerade war ich drunten in der engen Kajüte damit beschäftigt, Gläser und Probierbüchsen herzurichten für die ersten Fänge, da rief der Steuermann: „Doktor, das erste Eis vor uns!“

Wie vom Bogen geschossen sprang ich hinauf. Und richtig. Da schwante es heron im dunklen Wasser, ein abenteuerlich geackter Eisbrocken, so groß und zausig wie ein schlecht beladener Heumagen. Weiss zischend und kleine Aufblässchen in die Höhe treibend, rief sich die Flut an seinen kalten, zerbröckelnden Flanken.

Und nun war nach ruhiger Nacht ein strahlend schöner Tag emporgestiegen. Blühend leuchtete die Sonne nieder auf die Eismassen, die jetzt in dichten Scharen um uns schwammen, zu gewaltigen Tufen geworden, von denen manche großen Stielungen geräumigen Platz geboten hätte. Fast mußte man das Auge schließen vor all dem Glanz, der uns umgab.

Stille, tiefe Stille um uns, daß das Arbeiten der Schraube und Klacken der Wellen an den Bordwänden beinahe weh tat, wie die Entweihung eines unberührten Heiligtums.

Da — auf einmal ein lautes Hallo unter der Mannschaft. Auf der einen Scholle hatten sie eine große „Klappmütze“ entdeckt, die behäbig auf dem Eise die Wärme der Sonne genöth und zur langsam, ganz langsam den Kopf nach dem schwarzen, großen unbekannten Tiere wendete, das da mit so viel Lärm im Wasser vorbeizog.

„Da ist wieder einer!“
„Und da auch!“
„Bald sehen wir fast auf jeder Scholle einen oder zwei dieser

mächtigen, schon gesteckten Seehunde liegen und alle wandten sie nur leise verwundert ein wenig ihren Kopf nach uns.

Diese stumme, würdevoll gelassene Art, auf unseren Besuch zu reagieren, reizte unsere Jan Naats. Sie empfanden es offenbar als Ungehörigkeit, als eine Art persönliche Beinschätzung, daß man so wenig Wesen von unserem Einzug in diese einsamen Gefilde machte; und so suchte denn bald ein dumpf brüllender Ruf der Dampfpeife ein wenig Leben in die Gesellschaft zu bringen.

Bergebens, kaum daß sich die Köpfe ein wenig höher hoben. Seinen Platz veränderte keiner von ihnen.

Einige Stücke Kohle flogen auf das blanke Weiß des Eises, den Philosophen begreiflich zu machen, daß sie so festem Besuch besser zu beachten hätten. Umsonst. Betroffen war keiner worden, und daß nun da und dort ein schwarzer Fied die sicht Fläche unterbrach, machte weiter auch keinen Eindruck.

Jetzt war alles anders vergessen. Viel, der milde, der überall dabei war, mo es irgend etwas Besonderes auszupressen oder durchzuführen gab, stand schon an der Reiling bereit, mit der schweren Brechstange in der Hand.

Vorsichtig feuerte die „Medienburg“ die nächste Scholle an, auf der zwei besonders stattliche Kerle träge im Schnee lagen. Der Kapitän gab selbst die Befehle für den Rudergänger auf die Brücke, wohin er zu steuern hatte.

Leise knirschend hob sich der Dampfer an den mächtigen Eisblock heran, der unter der Wucht des anfahrens Schiffes wieder ein wenig abwärts rückte.

Langsam, ganz langsam, strichen wir nochmals an seine Rante heran. Nun hielt er. Und im nächsten Augenblick war viel in Strümpfen — die Seefleise hatte er schon vorher abgezogen — mit tüchtigem Sog hinabgesprungen und eilte über das Eis auf das Tier zu.

Das sah nun doch, daß da etwas nicht ganz geheuer war, und suchte machselnd dem Beispiel seines Gefährten zu folgen, der, unmittelbar an der gegenüberliegenden Eskante gelegen, mit energischem Wimpfen ins Wasser gestiegen war.

Aber zu weit war die reitende Rante, und viel, dem gehörig in den Füßen frieren machte, war zu sint. Schon stand er vor dem Tier und hob die Brechstange zum Hieb. Da richtete sich das mächtige Tier auf, daß man sehr ert sah, was für ein gewaltiger Kerl es war, mit weit geöffnetem Mund, aus dem Me riesigen Gähne draugend blickten, mit aufgebülhter Rüge, die kündete, daß es nun wirklich in Zorn geraten war. Wie es sich so erhaben hatte, hätte man meinen können, es wolle im nächsten Augenblick den ungestümen Angreifer an der Brust packen, um ihn zu zerfleischen. Doch schon fuhr ihm das schwere Eisen über den Schädel, und wie vom Blitz getroffen sank es als plumpe Masse in sich zusammen, nur mehr mit lesem Jucken die nächsten paar Hieb erwidern, die das Ende brachten.

(Mit besonderer Genehmigung des Verlags Wilhelm Braumüller, Wien, dem Buch „Eis und Farnen“ von Witas Pfeiffermann entnommen.)

Donnergrößen der Möbelwagen hält Familie Botan ihren Einzug in Walhalla. Rechtsanwalt Loge aber verdrückt sich beiseiten, denn nicht mit Unrecht schwanzt ihm ein unangenehmes gerichtliches Nachspiel.

Kennt mich einen Hautken, wenn diese Fabel nicht die ganze Götter-, Riesen- und Zwergegeschichte Wagners erschöpfend wiedergibt. Und nun quälte mich während der ganzen Aufführung der Gedanke: Warum trägt dieser Bauunternehmer Botan statt eines Tut einen unsinnigen blauen Umhang? Warum seine Gattin Frieda ein unmodernes schleppendes Reformkleid und einen blauen Haarstrahlen statt Subitopf und Bembergstrümpfe? Warum laufen Fajner und Fajolt in Warentellen herum statt in Manchesterhosen und traglosen Hemd, den heißen Hut im Speckbeutel? Warum trägt Generaldirektor Alberich ein Moosgewirr auf dem Haupt statt eines schützenden Zylinder? Warum wird überhaupt dieser Borgang von Haut und Gestern in eine sagengraue Mythologie verlegt? Und warum soll ich durchaus glauben, daß der durchaus realistische Schieber Botan und seine gefällige Gattin Frieda Haupt einer Göttergeschichte sind? Es geht doch alles so überaus menschlich, so ganz und gar bürgerlich in dieser Götteroper zu. Aber — wenn seit je her der Mensch sich Gott nach seinem Ebenbilde schuf, so hat der Komponist des bürgerlichen Gefühlsdramens, Richard Wagner, seine germanischen Götter treuestens nach dem Vorbild der bürgerlichen Gesellschaft erschaffen. Beschalt diese an sie glaubt.

Wanzenwissenschaft.

Ein seltsames Museum.

Wer sich auf seinen Reisen dem südöstlichen Europa nähert, wird häufig in die peinliche Lage versetzt werden, praktische Erfahrungen mit unsympathischen Tieren zu sammeln, die die Wissenschaft der großen Familie der Halbflügler oder — ganz gelehrig ausgedrückt — Heteroptera einordnet und die der einfache Mitteleuropäer — nicht ohne dabei eine gelinde Gänsehaut zu bekommen — als „Wanzen“ bezeichnet. Der Reisende hat jetzt Gelegenheit, sich auf dem Wege dahin, in Ungarns Hauptstadt, fundamentale wissenschaftliche Kenntnisse über diese unsympathische Gattung der Heteroptera anzueignen, die ihn beschäftigen werden, die Tierwelt der von ihm in Zukunft bezogenen Betten nach jeder Richtung hin exakt einzuordnen. In dem Stumweis auf diese in Budapest sich bietende Möglichkeit: soll nun keineswegs etwa eine üble Verächtigung Budapestler Hotelbetten liegen, obwohl man auch dort häufiger als notwendig diebeszügliche Erfahrungen sammeln kann. Um was es sich hier handelt, ist ein hochwertiges, wissenschaftliches Unternehmen, nämlich ein — das Wort ist nicht zu vermeiden: Wanzenmuseum.

Dieses Wanzenmuseum ist nun in der Tat etwas mehr als eine bloße Angelegenheit zum Spotten oder zum Gruseln für empfind-

sams Mitteleuropäer. Es hat sehr sehr ernsthafte praktische Bedeutung sowohl vom Standpunkt der Hygiene wie vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, denn man braucht sich bloß zu vergegenwärtigen, daß es nicht weniger als 14000 Gattungen von Wanzen gibt. Die Verheerungen, die diese Tiere durch Zerfressen von Pflanzen und durch die Übertragung infektiöser Krankheiten unter den Menschen anrichten, sind nicht im entferntesten abzuschätzen. Allein in Ungarn selbst existieren 1643 Wanzenarten, auf der Welt insgesamt — wie bereits gesagt — nicht 14000, so daß das verhältnismäßig kleine Ungarn immerhin rund ein Viertel des „Wanzenlandes“ an Wanzenarten liefert. Exemplare aller dieser 14000 WanzenGattungen sind in der Wanzenabteilung des Budapestler Nationalmuseums vertreten. Der Schöpfer dieser Sammlung ist der hervorragende Spezialist Dr. Geyz Horvath, der sein ganzes Leben und Fortsch den Wanzen gewidmet hat und sich rühmen kann, ein Viertel bis ein Drittel aller Wanzenarten der Welt wissenschaftlich bestimmt und systematisch geordnet zu haben. Die Gesamtzahl der im Budapestler Nationalmuseum zusammengebrachten Exemplare dürfte auf 250000 bis 300000 zu schätzen sein.

Uebrigens wird der Lokale bei der Besichtigung dieser Sammlung darüber staunen, welche Wunderwerke der Schöpfung die niedrigeren Systematik der Wissenschaft der überhöflichen Familie der Wanzen einordnet. Es gibt Wanzenarten, die äußerlich nicht die geringste Ähnlichkeit mit dem häßlichen Tierchen aufweisen, das so häufig die Nachtruhe vom Dach verflüster Mitteluropäer stört. Die Cigniden, die Wanzen Aftens und Afrikas, gehören zu den schönsten Vertretern der großen Gattung. Ihr Rückenbild spielt in opalisierenden Farben, wie die schönsten Produkte europäischer Glaskunstwerkstätten. Andere wieder, etwa die afrikanische Wasserwanze, überstrahlen durch ihre erstaunliche Größe. Bei geöffneten Flügel erreicht diese Wasserwanze die ungefähre Größe einer Männerhand. Sie fliegt ausgezehnet und von den Männchen dieser Art ist als besonderes Kuriosum zu berichten, daß sie auf ihren Flügeln die vom Weibchen gelegten Eier auf dem Rücken mit sich tragen. Eine ähnlich kuriose Art sind die „Fulguriden“ (Leuchtenden), die das Volk „Lampenträger“ nennt, denn diese Wanzenart, die gleichfalls beträchtliche Größe erreicht, trägt einen Rosenfarbigen, von dem der Volksglaube behauptet, er leuchte im Dunkeln. Die Wissenschaft hat festgestellt, daß nicht dieser Rosenfarbige leuchtet, sondern ein „Gastier“, das sich auf diesem Rosenfarbigen der Fulguriden eine Wohlheimat geschaffen hat. Uebrigens halten auch diese Fulguriden durch ihre Formensönheit und den wunderbaren Schmuck ihrer Färbung auf, womit höchstens noch die „Spitzenwanzen“ weiteilen kann, deren weiße Körperzeichnung in der Tat den schönsten Erzeugnissen Brüsseler Spitzenkunst Konkurrenz machen könnte. Der Lokale wird überrascht sein, auch die alpbekannte Sidade, die wir als eine Heuschreckenart anzusehen gewöhnt sind, der großen Familie der Wanzen einzuordnen zu finden. Man kennt diese Sidaden von ihrem rasselnden Sirpen und vielleicht noch von dem Ausspruch eines griechischen Weisen: „Stidlich sind die Sidadenmännchen, denn ihre Frauen sind — frumm!“

